

Volksmacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Kundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und in der Ausgabe der „Volksmacht“ Neue Graunpforter Nr. 3, durch die Zweigstelle, Hagenstraße 140, sowie durch alle Auswärtigen zu beziehen. — Bezugspreis in voraus zu entrichten wöchentlich 10 Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Verlags- und Geschäftsstelle: Ring 1206, Redaktion Ring 9142, Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf., auswärts 17 Pf., Anzeigen unter 10 Zeilen 20 Pf., Stellenangebote 20 Pf., Familienanzeigen, Gelegenheits-, Verleumdungs- und Wohnungsanzeigen 7 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hagenstraße 140 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Bremser der Verwaltungsreform.

Konferenz

der Ober- und Regierungspräsidenten.

Die Posteninhaber gegen radikale Vereinfachung der Staatsverwaltung. — Severing wird eher den Landtag fragen. — Die Umgestaltung der Polizei. — Severing gegen reaktionäre Kreisblätter.

Unter dem Vorsitz des preussischen Ministers des Innern fand dieser Tage eine Konferenz sämtlicher preussischer Ober- und Regierungspräsidenten statt. Der Zweck der Zusammenkunft war eine Aussprache über die preussische Verwaltungsreform. Den Mittelpunkt der Besprechung bildeten zwei Referate des Regierungspräsidenten Bergemann-Düffeldorf und des Regierungspräsidenten Krüger-Lüneburg, in denen die Wünsche und Gedanken der Vertreter der Provinzialbehörden zur Verwaltungsreform ihren Niederschlag fanden.

In den Ausführungen des Referenten kam starker Zweifel an dem Gelingen einer großen Verwaltungsreform zum Ausdruck. Die Behandlung dieses Problems durch den Landtag und seine Fraktionen seit der Staatsumwälzung wurde nicht als Förderung, sondern eher als Verschleppung bezeichnet. Die Aufgabe der Regierung sei es daher, eine Vereinfachung des Verwaltungszuges durch verwaltungstechnische Maßnahmen ohne Parlamente und Gesetze herbeizuführen. Die Grundzüge der preussischen Verwaltungsorganisation seien durchaus gut (?), es gelte die Mängel der Methode abzurufen. Um das Vertrauen der Bevölkerung zum Verwaltungsapparat zu den Vertretern der Staatsregierung in den Provinzen zu stärken, müßte die Staatsregierung die Ob- und Liegenheiten der Provinzialbehörden verstärken und damit ihre Selbstverantwortung erhöhen. Gerade die Provinzialbehörden seien in erster Linie dazu berufen, den Staat in seiner neuen Form draußen im Lande zu vertreten, ihm Achtung und Geltung zu verschaffen und Vertrauen zu erwerben. Die Richtlinien für die Verwaltungsbehörden müßten vom Staatsministerium im Benehmen mit dem Parlament festgelegt werden. Innerhalb der Richtlinien müßte den Mittelbehörden Spielraum gelassen werden, um ihre Stellung nach außen hin zu stärken. Der Plan, die eine oder andere Instanz (Regierungs- oder Oberpräsident) fortfallen zu lassen, müsse angesichts der Notwendigkeit des engen Zusammenarbeitens der Behörden mit der Bevölkerung bedenklich erscheinen. (?) Wirkliche und durchgreifende Einsparnisse im Staatshaushalt durch den Fortfall der einen Instanz würden bezweifelt. Mängelstände seien dadurch vorhanden, daß sehr häufig ein Neben- und Durcheinander von Reichs- und Landesbehörden festzustellen sei, da das Reich sich bemühe, seine Kompetenzen zu erweitern und sich nachgeordnete Behörden zu schaffen. Hier müsse und könne vereinfacht werden.

Dieser Grundgedanke der Referate stimmten in der Aussprache fast alle Redner zu. Die Erhaltung der Regierungsbezirke würde im Interesse des Staates wie der Bevölkerung als notwendig bezeichnet. (Uns erscheinen die Ober- und Regierungspräsidenten alle in dieser Frage zu sehr als Interessenten, um maßgebend urteilen zu dürfen! Red.) Minister Severing erklärte in seinem Schlusswort, daß er nach wie vor entschlossen sei, die Verwaltungsreform vor die gesetzgebenden Körperschaften zu bringen; er werde das Parlament noch in diesem Jahre vor eine Entscheidung stellen.

Anschließend berichtete Ministerialdirektor Dr. Abegg über den Stand der preussischen Polizeireorganisation und der Verhandlungen mit den interalliierten Mächten in Fragen der Polizei. Im großen und ganzen sei jetzt Einigkeit erzielt, wodurch ein Abbau von staatlichen Polizeibeamteten notwendig werde. Aus einer Anzahl von Orten müßte die staatliche Polizei fortgenommen werden. Das Herausziehen der Polizei vollziehe sich aber ganz allmählich im Laufe von Jahren. Richtig sei schon jetzt, auf den Ausbau der kommunalen Polizei hinzuwirken. Sobald das Reichsrahmengesetz für die Polizei vorhanden sei, würde das neue Polizeibeamteten-gesetz, das die Rechte der Polizeibeamteten endgültig regelt, dem Landtag vorgelegt werden. Die Neuordnung der preussischen Landjägerei sei ebenfalls in ihren Grundzügen vollendet.

Minister Severing richtete an die Ober- und Regierungspräsidenten die Bitte, nach wie vor die wirtschaftlichen und politischen Vorgänge mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen. Bei der regen Tätigkeit der Radikalen auf beiden Flügeln bestünde stets die Gefahr, daß einmal die Flinten von selbst losgingen. An eine ernste Gefährdung des Staates durch die Tätigkeit der Wehrorganisationen glaube er allerdings nicht. Die Voraussetzung für diese Zuversicht sei jedoch die Erhaltung einer tüchtigen, verfassungstreuen und bereiten Polizei. Der Minister kam dann noch auf die Kreisblätter zu sprechen und erklärte, er denke nicht daran, die verfassungsmäßig gewährleistete Pressefreiheit auch nur im geringsten anzutasten. Wenn aber amtliche Kreisblätter fortführen, in verkehrender Weise die Reichs- und Staatsregierung zu beschimpfen und herabzusetzen, wie es in den letzten Jahren häufig geschehen sei, ohne daß von den Behörden eingeschritten wurde, dann müßten solchen Blättern unter allen Umständen Aufträge amtlicher Art entzogen werden. Von dieser Regelung dürfte es kein Abweichen geben.

Radikale Verwaltungsreformpläne finden auch in Bayern Widerstand.

München, 12. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Kampf um die Staatsvereinfachung in Bayern nimmt seinen unverminderten Fortgang. Am Montag läßt der Landwirtschaftsminister Fehr als Führer des Bauernbundes von neuem erklären, daß er und seine Partei nie und nimmermehr dem Abbau des Reichswirtschaftsministeriums zustimmen werden.

Trotz dieser Situation glaubt der Ministerpräsident Held, den noch in Ausarbeitung befindlichen Generalplan der Regierung zur Staatsvereinfachung bereits in der nächsten Woche dem neu zusammentretenden Landtag vorlegen zu können. Dieser Plan wird sich einfach mit Dingen der Vereinfachung befassen, die sofort in Angriff genommen werden können, und die also unmittelbare Einsparungen bringen werden, und dann mit Dingen, deren Sparsamkeitsauswirkungen erst in späteren Jahren in die Erscheinung treten. In die erste Kategorie gehört die Verminderung der Zahl der Ministerien von acht auf fünf, Verminderung der Zahl der Kreisregierungen von acht auf vier, sowie Zusammenlegung der Bezirksämter nach verkehrspolitischen Gesichtspunkten. In die zweite Kategorie gehört die Vereinfachung aller Verwaltungszweige, auch der Justizbehörde, von den untersten bis zu den höchsten Kategorien. Hand in Hand damit geht eine Neuausscheidung der Geschäfte und eine Veränderung in der Struktur der Kompetenzen. Die Regierung hält ihren Vorschlag um so eher für durchführbar, als die jetzige Verwaltungsform in Bayern seit dem Jahre 1825 nahezu unverändert besteht.

Den heftigsten Unwillen scheinen die Regierungspläne im Kreise Schwaben hervorzurufen. Falls es tatsächlich zu einer Aufhebung der in Augsburg befindlichen Kreisregierung für Schwaben und weiterhin zur Aufhebung der schwäbischen Handelskammer kommen sollte, so wolle gewisse Industrie- und Handelskreise mit Hilfe des Reiches eine Volksabstimmung darüber ins Werk setzen, ob Bayerisch-Schwaben sich nicht dem Freistaat Württemberg anschließen soll. Gegen diesen Plan nimmt bereits die „Bayerische Staatszeitung“ in ihrer Montagausgabe scharf Stellung, indem sie schreibt: „Wir erklären in voller Eindringlichkeit, daß es alle Begriffe von Schamlosigkeit übersteigt, wenn wirklich auf diese Art und Weise einzelne Kreise verhetzt und auf den Abweg des glatten Hochverrats (!) getrieben werden sollen. Wenn auf dieser Linie die Erörterung der Staatsvereinfachung weitergetrieben wird, dann können wir eines Tages in Bayern Dinge erleben, die einem finis-Bavariae (Ende Bayerns) gleichkommen und für lachende Dritte ein gesundes Fräselein sind.“

Ein weiterer Kronzeuge gegen die „obererschlesische Dolchstoßlegende“

In seiner kurzen Rede bei der Doppelner Jubiläumsgemeinschaft war General Höfer von der Geschichtslegende abgerückt, daß die deutschen Selbstschußformationen im Jahre 1921 ganz Oberschlesien für Deutschland hätten retten können, wenn sie nicht durch deutsche politische Stellen daran gehindert worden wären. Höfer hatte betont, daß ruhige Überlegung dazu angegangen hätte, die Wünsche heißer Herzen nach weiterem Vorgehen unerfüllt zu lassen. Jetzt ergänzt der obererschlesische Zentrumsabgeordnete Franz Ehrhardt in der „Oberschlesischen Volksstimme“ diese Stellungnahme des Generals durch die Veröffentlichung bemerkenswerter Erinnerungen an die Beratungen des damaligen Zwölferausschusses der deutschen Parteien. Oberpräsident, an denen er persönlich beteiligt war. Ehrhardt stellt fest, daß in der entscheidenden Sitzung des Zwölferausschusses angesichts des Druckes der Alliierten niemand gewagt habe, weiteres Vorgehen des Selbstschusses gegen die Insurgenten zu empfehlen. Für das Gelingen eines Teilvorstoßes bis Gleiwitz habe die militärische Selbstschußleitung die Garantie abgelehnt. Selbst im günstigsten Falle hätte ein solcher Teilvorstoß auch die in den Städten des Industriegebietes eingeschlossenen Deutschen nicht entlasten können.

Dem Zwölferausschuß der deutschen Parteien gehörten bekanntlich Vertreter aller Parteien an. Die Feststellung, daß nicht nur Höfer aus militärischer Einsicht heraus abenteuerliche Angriffspläne ablehnte, sondern daß im entscheidenden Augenblick auch kein Parteivertreter Oberschlesiens sie empfahl, müßte der „schlesischen Dolchstoßlegende“ endgültig überall den Garaus machen, wo guter Wille zur Feststellung der historischen Wahrheit herrscht. Besonders die seinerzeit im Zwölferausschuß vertretenen Deutschnationalen werden es jetzt schwer haben, ihre Geschichtsbeurteilung mit „nationalem Betrat“ weiterzuerbreiten — ohne sich selbst mit zu beschuldigen!

Der Christliche Landarbeiterverband deckt die Geldschiebungen seiner Führer.

Der Vorstand des Zentralverbandes der christlichen Landarbeiter hat jetzt an den Christlichen Gewerkschaftsbund ein Schreiben gerichtet, in dem davon Kenntnis gegeben wird, daß die Unterfuchung gegen die der Bestechung beschuldigten deutsch-nationalen Abgeordneten Behrens und Meyer den erhobenen Vorwurf nicht bestätigt habe (?) und die beschuldigten Vorliegenden einmütig um die Ausübung ihrer Vorstandstätigkeit ersucht worden sind. Der Abgeordnete Behrens, der es erwiesenermaßen verstand, nicht nur vom Arbeitergebeten-Verband einen Betrag von 5000 Mark einzuschieben, sondern auch von dem deutsch-nationalen Finanzminister von Schöner für angebliche Beteiligung seines Verbandes am Kugelschlag innerhalb Lehre nach dem Ende des passiven Widerstandes noch 150 000 Goldmark zu ergattern, hat tatsächlich seine Tätigkeit schon wieder aufgenommen. Damit hat der Christliche Landarbeiterverband die Mitverantwortung für die Schiebungen seiner deutsch-nationalen Führer übernommen, die in der Arbeiterbewegung nach den Feststellungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses als unehrlich geltend werden.

Koalitions- und Wirtschaftskrise in Polen.

Aus Ost-Oberschlesien geht uns die folgende Darstellung zu, deren kritische Betrachtung der polnischen Entwicklung unserer Meinung nach in Deutschland ohne alle Schadenfreude gelesen werden sollte. Nicht nur weil unsere eigene Wirtschaftskrise, an der Arbeitslosigkeit gemessen, eher noch stärker ist als die polnische, sondern weil Zerrüttung der polnischen Wirtschaft der deutschen nichts nützt, sondern ihr nur einen besonders wichtigen Zukunftspunkt ausschaltet! Die parteipolitische Entwicklung, die in dieser sachkundigen Darstellung als Folge der geringen Aussichten der polnischen Verstandigungspolitik erscheint, zeigt, daß die jetzige polnische Regierung williger wie ihre voraussetzliche Nachfolgerin für einen deutsch-polnischen Wirtschaftsausgleich zu haben wäre — wenn ihr von der deutschen Reichsregierung dafür eine Chance geboten würde. Red.

Als vor etwa fünf Monaten die allpolnische Koalition unter Strzymski Führung zustande kam, war man im Ausland und in Polen noch vielfach der Meinung, daß es dem überaus geschickten Strzymski gelingen werde, eine Wendung innerhalb der polnischen Politik herbeizuführen. Strzymski baute vor allem auf seine außenpolitischen Erfolge, die indessen in Polen selbst keine Wirkung auslösten. Die erste Niederlage erlitt die Regierung, als ihr die Vorschläge der „Bankers Trust“ übermittelt wurden, die für eine Anleihe einen überaus hohen Zinssatz verlangten und hierzu noch die Forderung stellten, daß das als Pfand gegebene Tabakmonopol einer vollständigen Reorganisation unterzogen werde, wobei eine Reihe von Betrieben zusammengelegt und ein anderer stillgelegt werden sollte und wiederum die Arbeitslosigkeit eine Steigerung erfahren müßte. Eine Verknüpfung scheiterte Mitte März endgültig, wobei Polen auch jede weitere Verbindung löste, so daß es heute nur auf ausländische Privatkredite durch Einzelfirmen angewiesen ist. Inzwischen sinkt der Zloty. Der Versuch, das Militärbudget, welches gegenwärtig 36 Prozent der Gesamtausgaben Polens ausmacht, zu reduzieren, scheitert infolge Widerstandes der Rechtsparteien, die aus der Wirtschaftskrise Unruhen im Inlande erwarten und diese nur noch mit einer starken Armee zu beheben hoffen. Alle Versuche, anderweitig ein Sparitem durchzuführen, scheiterten wiederum an der Opposition innerhalb des Koalitionskabinetts; da alle Parteien in die Koalition gegangen sind, um ihre besonderen Vorrechte zu schützen und nicht etwa, um dem Staate selbst einen Weg aus dem Chaos zu weisen.

Es ist heute kein Geheimnis mehr, daß die Koalition nur deshalb zustande kam, weil Pilsudski sich gegen die Bestrebungen einiger Generale unter Siforski Führung zur Errichtung einer Diktatur wandte. Gerade Siforski war stets ein Vertrauter Pilsudskis gewesen und war auch Ministerpräsident und Vertrauter der Linksparteien nach der Ermordung des zweiten polnischen Staatspräsidenten Natutowicz. Als Kriegsminister im Kabinett Grabski machte er indessen immer weitere Annäherungen an die Rechte, die ihn als den kommenden Diktator bezeichnete. Als das Kabinett Grabski ganz unerwartet zurücktrat, war es Strzymski, der vor einer unbedachten Diktatur warnte und der erste Präsident Polens, Pilsudski, sprach bei seinem Nachfolger vor, um ihn zu warnen, auf die Wünsche der Rechten nach Ausübung einer Diktatur einzugehen. Die Folge war die Bildung der Koalitionsregierung; man war der Ansicht, daß der von allen Parteien für sich reklamierte Strzymski der Mann sein werde, die Gegensätze zu überbrücken. Das Fiasko der Balfourbestimmung konnte auch in Polen nicht ohne Rückwirkung sein und nun folgten Verhandlungen, die in erster Linie darauf hinauszielten, ein starkes Rechtskabinett zu bilden, in welchem aber Strzymski wieder das Außenministerium innehaben sollte. Die Koalition wird heute nur durch ultimative Forderungen der Parteien aufrecht erhalten, bei welcher einmal diese, ein andermal jene Partei zu ihrem Rechte kommt. Daß dieser Zustand unhaltbar ist, sehen alle ein, aber man weiß eben nicht, was bei einem eventuellen Rücktritt des Kabinetts werden soll. Vorläufig scheinen die Pläne der Rechten noch nicht gereift zu sein und das Chaos im Lande ist zu bedrohlich, um eine Rechtsdiktatur die Möglichkeit zu geben, die Regierung auch nur einige Wochen zu halten. Es ist heute kein Geheimnis, daß der Bauernführer Witos der kommende Mann sein wird. Vorerst will man die Sozialisten aus der Koalition hinausschleusen; dann hat es immer noch eine kleine Mehrheit, um bestehen zu können. Man will dann erst den Gesamtzustand vorbereiten, nachdem man Strzymski ein paar Wochen bearbeitet hat, daß er das Außenministerium übergeben

Doch hat es den Anschein, als ob Stragnski auf beratige Vorschläge nicht eingehen will. Er, der als Außenminister am besten die Stimmung des Auslandes kennt, befürchtet bei einem Rechtskurs der polnischen Außenpolitik eine weitere Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Krise, die unter Umständen zu einem völligen Zusammenbruch führen kann.

Die allgemeine Ratlosigkeit zeigte sich während der Osterfeierlage auf einer Konferenz der Rechtsparteien in Zakopane, die zu keiner Verständigung führte. Nur die Witos party und die Christliche Demokratie unter Korfantsy Führung, legten gemeinsame Grundlinien fest. Man glaubt aber, daß Witos die Verhandlungen zum Sturz der Koalition und Neubildung einer Rechtsregierung weiter führen wird. Zu diesem Zweck hat er auch kurz vor der Zakopaner Konferenz eine Broschüre „Zeit und Menschen“ herausgegeben, die so ziemlich alles enthält, was den Reaktionsär begeistern kann. Der Sejm solle durch Stärkung des Senats in seiner Handlungsfreiheit beschränkt werden. Der Staatspräsident solle weitere Befugnisse erhalten, die Abgeordnetenzahl müsse vermindert, der gewerkschaftliche Einfluß in Politik und Wirtschaft ausgeschaltet werden, den Bauern und Arbeitern solle das Wahlrecht eingeschränkt werden — dann erst werde es Polen, meint Witos, gut gehen. Es sei hierbei darauf hingewiesen, daß Witos es war, der wiederholt Kabinettschefs stürzte. Heute hat man in Rechtskreisen die Fehler der Witos'schen Politik längst vergessen und ist bei gewissen Konzessionen zur Mitarbeit unter Witos bereit. Von den ganz radikalen Monarchisten ist nicht anzunehmen, daß sie in der polnischen Politik je eine Rolle spielen werden.

Die unglückliche Handels- und Zollpolitik läßt die Arbeitslosigkeit auf etwa 386 000 registrierte Unterstätigte steigen, während die wirkliche Arbeitslosenzahl mit einer Million nicht überschätzt ist. Dazu kommt, daß alle Versprechungen der polnischen Regierung, der Industrie und damit auch der Arbeitslosigkeit zu Hilfe zu kommen, an der Finanzkrise scheitern, weil eben kein Geld vorhanden ist. Während zum Beispiel geplant war, im Verlauf des ersten Budgetviertels 50 Millionen Floty für Wiederaufbauarbeiten zur Verfügung zu stellen, war man kaum in der Lage, 6 Millionen hierfür zu erübrigen. Nun konnten aber im Laufe des März und des April auch die Gelder zur Zahlung der Arbeitslosenunterstützung den einzelnen Wojewodschaften durch die Regierung nicht zur rechten Zeit gestellt werden, und da die Einnahmen der Wojewodschaft nicht ausreichen, so kam es in Kalisz, Wloclawek, Strz, Lemberg, Lublin und Warschau zu Arbeitslosendemonstrationen, die sogar zu Zerstörungen der Raatratseinrichtungen führten. Nur mit Hilfe von Polizei und Militär ist man der Lage Herr geworden, aber man konnte es nicht verhindern, daß sich in den nächsten Tagen die Demonstrationen spontan wiederholten. Die scharfen Polizeimaßnahmen fördern die kommunistische Agitation, aber es wäre Unfug, zu behaupten, daß kommunistische Agitatoren schon jetzt einen solchen Einfluß hätten, um die Arbeitermassen zu leiten. In den Sejm sind seinerzeit nur zwei Kommunisten gewählt worden, sie erhielten Zugang von den radikalen Bauern, so daß sie heute eine Fraktion von 6 Abgeordneten unter 444 zählen.

Das einzige Mittel, die Krise zu beheben, nämlich Auslandskredite zu erhalten, ist zunächst nicht vorhanden. Wäre nicht die Raatsfrage, man wäre längst an den Völkerbund um eine Anleihe herangetreten.

Die polnische Saisonarbeiterfrage.

Am Schluß der letzten Besprechungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung über die Regelung der Saisonarbeiterfrage war vereinbart worden, daß bald nach Ostern Verhandlungen zur Schaffung eines endgültigen Abkommens über die Wanderarbeiterfrage stattfinden sollen. Bis zur Stunde ist jedoch von polnischer Seite keine Anregung für den Beginn dieser Verhandlungen erfolgt. Das Polen bis jetzt zugestandene Saisonarbeiterkontingent betrug 130 000 Arbeiter. Davon sollen etwa 60 000 in Deutschland geblieben sein. Neu angewandert sind

nach Meldungen des polnischen Auswanderungsamtes etwa 40 000 Arbeiterkräfte. Zur Klärung der Verhältnisse auf dem deutschen Arbeitsmarkt wäre der baldige Abschluß eines endgültigen Abkommens über die Frage des Wanderarbeiterkontingents, das bei der Massenarbeitslosigkeit für Deutschland besonders dringend ist, dringend notwendig. Über dem Auswärtigen Amt ist es ja möglich, daß billige polnische Rohle und billiges polnisches Fleisch nicht nach Deutschland kommt. Lohn-drücker sind den Interessenten lieber.

Marx und Severing bei den rheinischen Gewerkschaften.

Koblenz, 12. April. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag nachmittags tagte in Koblenz eine Vollversammlung des Gewerkschaftsausschusses für die besetzten Gebiete, die als ein Abschluß der Tätigkeit des Ausschusses in den letzten vier Jahren gedacht war. Durch die Anwesenheit des Reichsministers Marx, des preussischen Innenministers Severing, des Oberpräsidenten Juchs, des Reichskommissars für die besetzten Gebiete, Freiherrn von Langwerth-Simern und anderer hoher Verwaltungsoffiziere und Delegierter der am Rhein liegenden deutschen Staaten bekam die Tagung eine besondere Bedeutung.

Bezirkssekretär Genosse Dr. Meyer-Dülledorf gab einen umfassenden Tätigkeitsbericht des Gewerkschaftsausschusses, der in den letzten Jahren der Inflation, des Ruhrsturzes und der Wirtschaftskrise ein ungeheures Werk zu bewältigen hatte. In seinen Ausführungen kritisierte er die Separatistenunruhen, denen die Arbeiterklasse, geführt von den Gewerkschaften, den wirksamen Widerstand entgegenstellte; der passive Widerstand und seine Organisation durch die Gewerkschaften zeigten, daß vor allen Dingen die Eisenbahner ein großes vaterländisches Werk zu verrichten hatten, was ihnen allerdings heute schlecht gelohnt werde.

Bezirkssekretär Kaiser von den christlichen Gewerkschaften schloß sich seinen Ausführungen an. Reichsminister für die besetzten Gebiete Marx führt aus: Die Tagung der Gewerkschaften bildet zweifellos den Abschluß einer schweren Krisenperiode. Nach siebzig Monaten der Ereignisse nahe, aber schon sehr man, wach ungeheures Geheiß hinter uns liegt. Die jüngste Vergangenheit des Rheinlandes aber zeigt, daß auch ein waffenloses Volk eine ungeheure Macht darstellt und Dr. Meyer habe recht, wenn er den Erfolg der Abwehr den Gewerkschaften zuschreibt.

Der preussische Innenminister, Genosse Severing, erkannte die Tätigkeit der Gewerkschaften im Rheinland und Westfalen in vollem Umfang an. Nicht nur die Macht der Gewerkschaftsbewegung habe das große Werk der Befreiung vollbracht, sondern auch die Disziplin der organisierten Arbeiterklasse, die die Schulungsarbeit der Gewerkschaften zu danken sei. Unter stürmischer Zustimmung der Anwesenden forderte er noch stärkeres Bekämpfen, härtere staatliche Hilfe für das Erwerbslosenhilfsrecht. Er verurteilte die Klagen der Eisenbahner und anderer Arbeitnehmerkategorien. Wir müßten mit aller Macht versuchen, die Exportindustrie zu heben und im Inland zu geordneten Zuständen zu kommen. Severing verteidigte sich dann gegen die Vorwürfe von rechtsradikaler Seite, die ihn für den Verlust des Ruhrkampfes verantwortlich machen wollen. Der Ruhrkampf sei nicht verloren gegangen, weil die wirtschaftliche Beute des Einfalles äußerst gering gewesen sei.

Als vierter Redner stellte sich der Reichskommissar von Langwerth-Simern der Versammlung vor. Er versicherte, daß er für die Wünsche der rheinischen Gewerkschaften stets einen offenen Sinn und ein offenes Haus habe.

Am Schluß der Versammlung wurde eine Neukonstituierung des Gewerkschaftsausschusses vorgenommen.

Der „große Autister-Prozess“

hat vor dem Großen Schöffengericht Berlin Mitte am Montag vormittag in großer Aufmachung seinen Anfang genommen. 15 Anwälte, 7 Sachverständige, Vertreter des preussischen Finanzministeriums, 3 Staatsanwälte als Anklagevertreter und eine große Anzahl von Pressevertretern hatten sich eingefunden. Gegen 11 Angeklagte richtet sich die Anklage wegen Betrugs zum Schaden der Staatsbank und Urkundenfälschung. Circa 80 Zeugen sind geladen. Der Prozess wird etwa vier Monate in Anspruch nehmen.

Jwan Autister, ein älterer, schlecht aussehender Mann, der fortgesetzt von seinen Krankenschwestern und den Ärzten gestützt werden mußte, setzte sich mit aller ihm zur Verfügung stehenden Kraft gegen die Anklage zur Wehr. Der Kernpunkt des ganzen Anklagegebäudes stellt die Verpflegung angestrichelter Auslandskredite und angeblich „falscher Wechsel“ als Deckung für die bei der Staatsbank aufgenommenen Schulden dar. Die Vernehmung des Hauptangeklagten ergab, daß die Schuld an den Verlusten der Staatsbank keineswegs allein auf die Schultern Jwan Autisters gelegt werden kann. Die „Rundenswechsel“ sind ebenso wie die „Kontenwechsel“ Autisters von der Staatsbank geprüft und im Einverständnis mit Dr. Rüge zum Schaden der Staatsbank bewertet worden. Autister erlitt am Schluß des ersten Verhandlungstages, in dessen Verlauf der Vorsitzende von Zeit zu Zeit

hinaus eingeleitet hatte, um ihn verhandlungsfähig zu erhalten, einen neuen Schwächeanfall, der die Sitzung vorzeitig beendete. Er wurde von seinen Krankenpflegern aus dem Gerichtsgelände gebracht.

Der sozialdemokratische Staatsanwalt vor Gericht.

Chemnitz, den 13. April. (Eigener Rundbericht.)

Im Asmus-Prozess wurde am Montag der Fall des Rebalters Schulte in Freiberg verhandelt, der durch eine Flosse angeht die Reichswehr und ihre Führer beleidigt haben sollte. Asmus hatte ein Strafverfahren begründend abgelehnt. Auf Beschwerde der Reichswehr bei der Generalstaatsanwaltschaft stellte sich auch der Generalstaatsanwalt auf den Standpunkt von Asmus. General Müller gab sich aber damit nicht zufrieden, sondern wandte sich an das Reichsministerium, das sich mit dem sächsischen Justizministerium in Verbindung setzte. Daraufhin erteilte dieses den Auftrag zur Anklageerhebung. In dem Verfahren wurde Schulte dann zu 50 Papiermarken (5 Goldmarken) verurteilt. Die Gebühren betragen allerdings 6140 und die Veröffentlichung in einer Tageszeitung kostete 10 500 Mark.

Bei dem nächsten Fall, bei dem Asmus ein Verfahren gegen drei Arbeiter eingestellt hatte, die am 1. Mai, einem gesetzlichen Feiertag in Sachsen, von einem Gläubiger das feierliche Läuten der Glocken verlangten, kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Verteidiger Dr. Levi und dem Gericht. Der beamtete Richter Amtsgerichtsrat Hempel erlaubte sich eine höhnische Bemerkung gegen den Angeklagten, wogegen sich Dr. Levi scharf wandte. Diese Verhöhnung des Angeklagten habe das Vertrauen der Verteidigung zum Gericht erschüttert und sie beantrage deshalb, die Register aus den Jahren 1922, 1923 und 1924 über die Tätigkeit des Angeklagten heranzuziehen, um ein Gesamtbild seines Arbeitens zu erhalten.

Ein Kommunist Noak sagte zu einem Beamten, er schlage jedem die Knochen entzwei, der kommunistische Plakate abtreibe. Asmus stellte das Verfahren gegen Noak ein. Diese und alle weiteren Anklagepunkte liegen auch nicht im entferntesten eine Schuld des Angeklagten erkennen. Am Dienstag wird die Verhandlung mit der Zeugenvernehmung fortgesetzt.

Aus dem Reiche.

Zusammenstoß von Jungdo, Stahlhelm und Wikingbund? Eine Berliner Korrespondenz meldet: In der vergangenen Woche haben Besprechungen zwischen den Führern des Stahlhelms und des Wikingbundes mit dem „Hochmeister“ des Jungdo deutschen Ordens stattgefunden. Die drei Verbände sollen ein gemeinsames politisches Programm für die drei Verbände ausarbeiten. Die Besprechungen werden in dieser Woche fortgesetzt werden. Antisozialismus und deutsch-französische Verständigungspolitik des Jungdo sollen revidiert werden, wofür er die Führung der drei Verbände anstrebt. Für die beiden Verbände Stahlhelm und Wikingbund soll bei den Verhandlungen der Gesichtspunkt maßgebend sein, daß im Gegensatz zum Jungdo ihre Mitgliederzahl in der letzten Zeit beträchtlich — man spricht von 60 Prozent — zurückgegangen sein soll.

Kommi es zum Volksbegehren zur Revision der Aufwertung? Der Sparbund hat jetzt den schon seit Monaten angekündigten Gesetzentwurf über ein Volksbegehren für die Aufwertung fertiggestellt. Dieser Entwurf sieht, nach Berliner Presseausgaben, eine allgemeine Aufwertung der Hypotheken auf 50 Prozent statt der im Gesetz vom 15. Juni 1925 vorgesehenen Erhöhung auf 25 Prozent vor. Ferner sollen alle seit dem 1. Januar 1919 zurückgezahlten Hypotheken ohne Ausnahme aufgewertet werden. Dabei wird der Zinsanspruch des Gläubigers erhöht, insofern das Kapital von 1925 an mit 3 Prozent, von 1926 an mit 4 Prozent und von 1927 an mit 5 Prozent verzinst werden soll. Für Sparbuchbesitzer und Versicherungsanwärter wird ebenfalls eine Aufwertung von 50 Prozent gefordert. Der Sparbund hat den größeren Parteien inwischen seinen Gesetzentwurf zur Kenntnis gebracht und, um eine Stellungnahme ersucht. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ihre Antwort bereits erteilt und unter anderem eine Anpassung des Entwurfs an die im Reichstag seinerzeit vom Genossen Keil vertretenen Vorschläge angeregt.

Berufung im Rottbuer Landfriedensprozess. In dem Rottbuer Landfriedensprozess, in welchem von 34 angeklagten Fünftwader Bürgern 20 freigesprochen und 14 zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden waren, hat der Oberstaatsanwalt gegen das Urteil des Schöffengerichts Berufung eingelegt.

Abkündigung der Bauern von den Bällischen. Die bayrische Landtagsfraktion des von der Hillerpartei abgesplitterten Bällischen Blochs hat neuerdings eine Einbuße zu verzeichnen, indem eines ihrer Mitglieder, der Abgeordnete Schichtner aus der Wiesbauer Gegend, zum Bällischen Bauernbund übergetreten ist. Mit Ausnahme eines einzigen Abgeordneten haben nun sämtliche bäuerliche Vertreter der Fraktion des Bällischen Blochs verlassen. Wie verlautet, steht auch der Austritt dieses letzten Bauernabgeordneten aus dem Bällischen Bloch, der jetzt noch 12 Mitglieder zählt, unmittelbar bevor.

Der Bürge.

Roman von Th. S. Hall Caine.

25] Stephen Orr ließ sich von der Strömung treiben, als er plötzlich ganz in der Nähe des Anstößens des Wassers an Steine hörte und zugleich einen hellen Lichtschein über dem Wasser sah. Er bemerkte, daß er an das Rausche Meer von Point of Lure getrieben worden war, flachte rückwärts und nach wieder in die See. Bald lag der weiße Wasserwall hinter ihm, nichts war sichtbar als der schwarze Kamm des Schiffs, das nach rechts fuhr und nichts hörbar als das Schreien einiger Röhren, welche im Schanz des Lichtes nach rechts jagten.

Der Rebell hatte sich gezogen, doch war die Nacht immer noch recht dunkel. Kein Stern schien. Der Mond war noch nicht aufgegangen. Doch Stephens' scharfes Seemannsauge konnte etwas wahrnehmen, das nach rechts auf dem Wasser lag. Die irische Brigg war verschwunden. Aber dort, im Meer, weit draußen, ein helles Geräusch — was lag dort für ein schwarzes Ding? Es war gewiß nur eine Recke, nichts weiter, und sein Jochel war ein Geräusch im Kränge. Doch ein — es wurde größer und größer — kam näher und näher. Es war ein Segel. Stephen hob's nach hinten, wie es lag von dem Stern Himmel erhob. Es war ein Schoner. Er konnte nun die beiden Masten sehen, das Joch und das Schiffsgeleck unterhalten. Es war ein irischer Schoner. Er vermochte den höheren Schiffsbaum und das nach unten gebogene Schiffsgeleck zu erkennen. Er fuhr gegen Wind und Strömung von Nordwesten her. Es war also der Schoner, der von Irland her nach Dublin fuhr, in Richtung nach Irland gerichtet, und nun noch in Richtung nach Osten wollte.

Stephen Orr war eben im Begriff gewesen, sein Boot zu wenden, als der Schoner seinen Mast gegen ihn schob.

Das nun steigerte sich etwas ganz Unbeschreibliches. Seine ersten Gedanken waren, er konnte unten plündern in den Hinterhaus. Er schielte in seinen geschlossenen, abgedeckten Gebirgsberg. — Dieser Schoner kam von Irland, war höchst beladen mit Reis, Pfeffer, Gewürzen und Holz. Wenn er ein an den Strand lief und Schiffbruch litt, so könnte jemand den dieser Lasten gewinnen und an die portugiesischen Schiffe, die an der Küste des irischen Meeres lagen, verkaufen. Jenes Boot, was Point of Lure war die einzige Belohnung. Es lag an dem Ort, wo man sich ein Boot kaufen konnte, das man dort kaufen konnte. Er konnte es kaufen, er konnte es kaufen, er konnte es kaufen.

den Sinn, ohne daß er wollte. Er schaute mit seinen leblosen Augen hinaus auf die dumpfe See und das dumpfe Land und konnte keine Gedanken mehr hervorbringen.

Welche fremde Gewalt wirkte doch nur auf ihn ein? Sagte ihm jemand, daß der große Augenblick seines Lebens gekommen sei — daß daran sein Lebensschicksal hänge — daß die Feuerprobe, die er eben bestanden, nichts sei als Vergleich zu der, die ihm noch bevorstand? Als er so in seinem Boote lag und durch die Dunkelheit nach dem schwarzen Schatten am Horizont spähte, hörte er eine Stimme im Ohr: „Stephen Orr! Auf dem Schiffe dort drüben ist einer, der dich haßt und geschworen hat, dich zu erschlagen. Er kommt, er kommt — ist dein Fleisch und Blut, ist dein eigener Sohn und Nefeweis!“

Stephen Orr ließ sein Boot nach rechts wenden, und in zwei Minuten hatte er das Licht von Point of Lure heruntergesehen. Es fiel ins Wasser, und ringsum war es schwarz und dunkel. Stephen Orr fluchte weiter. Dann legte er bei, um abzuweichen und aufzupassen. Die ganze Zeit über war er am Helme geblieben und hatte sich mit dem Ruder gefast, seit er, zur Seite der Brigg, das Licht erregt. Nun stand er auf, am die Segel heranzurufen; denn der Wind schien zu und er dachte mit Hastgefühl zu irren. Als er sich erhob, fiel aus seinem Schiffe etwas flüchtig auf den Boden des Bootes. Es war der Scheitel, den ihm Michael zurückgelassen hatte.

Stephen Orr küßte sich, um abzuhaken. Als er ihn in der Hand hielt, fuhr er auf wie vom Schlag getroffen; denn — jetzt hörte er wirklich eine Stimme in seinen Ohren tönen. Sie überlief den Wind, der immer stärker wurde, und die weiße Brandung am Meer und das dumpfe Rauschen der See — „Dort an dein Besprechen, Vater. Ich habe jede Stunde meines Lebens gekämpft, die dir nach bleibt.“

Stephens Herr schien sich zu lösen. Er schaute um sich in der dunklen Umgebung einer Nacht, die ihm neu war. Er konnte seinen Vater nicht auf dem Land, das sich schon von dem dunklen Himmel erhob, denn er sah die Welt, was ihm kein Licht mehr schien, er sah die schwarze Welle der Segel, die größer und größer wurde. Seine Hände zitterten — „Vater — Bedenke, Michael, wenn du dich und deinen Namen gebendest ins Verderben. Ich, es werden immer Männer auf die Welt und Männer zu sein, die sie lieben. Doch hasten sie überlebt das Boot gehen, als es fiel. Verabschiede Michael, daß es so sein sollte — es sein sollte!“

Stephen Orrs Seele wurde wieder dunkel. Doch eine Stimme sprach er, noch eine und noch eine — als der dunkle

Schatten kam näher und näher. Bei der nächsten Wendung wird das Schiff am Lande aufhauen. Stephen schien schon das Rauschen seines Riels an dem Felsen zu hören. Er konnte es nicht mehr länger ertragen, zu warten. Er hätte die Segel, um nach dem Schoner zu fahren und ihn zu warnen. Aber der Wind war unterdessen heftig geworden und trieb stark gegen das Land zu, und auch die Strömung rief härter als vorher.

Stephen Orr befand sich jetzt einige dreißig Yaden von dem Walle entfernt, da, wo die Strömung, die von Northold Head kommt, mit der Strömung, die quer durch Mull of Galloway geht, zusammenstößt. In der schwer gebenden See konnte er sein Boot kaum wenden. Als er endlich Kurs gegen die See bekommen, ging es in Eile dem Schoner zu. Er versuchte ganz dicht an seiner Wetterseite vorbeizufahren. Doch als er noch etwa hundert Yaden von ihm entfernt war, sah er, daß das Schiff in der vollen Schnelle der nördlichen Strömung fuhr. Auch der beste Seemann konnte ihm so nicht nahe kommen. Dann hörte er — keine Stimme verlor sich im Wind. Er hörte wieder — der Schoner gab sein Zeichen. In der Dunkelheit eilte das Schiff an ihm vorbei.

Er war nun wie ein Besessener. Sein Boot wendend, fluchte er mit dem Winde in der Abicht, dem Schoner am Wege vorbeizulaufen. Es gelang ihm auch. Er schob an ihm vorbei, weit darüber hinaus. Er hörte beim Vorbeilaufen, doch wieder wurde keine Stimme vom Heulen des Windes überhört. Er war jetzt beinahe in der Brandung, und doch wandte er sein Boot noch einmal und fuhr wieder und wieder und wieder. Aber der Schoner eilte vorwärts. Niemand vernahm die wilde Stimme, die zwischen dem dunklen Himmel und der schwarzen See klang wie der Schrei eines starken Schwimmers im Todeskampf.

Selbstmord.

Der Schoner war der „Boer“ auf dem Seewege von Northold nach Dublin mit hundert Tonnen Holz, fünfzig Balken Eisenbahnen und fünfzig Fassern Glas und Hartseifen. Nachdem er Jendens Hauptstadt am Donnerstag bei düstern Winde verlassen hatte, war er an den Heiden vorbei und Wille der Wille durch den Nordkanal gefahren und hatte am Freitag in Northold angekommen. Tags darauf war er durch die irische See der Insel Man aufgetaucht in der Abicht, in der Nähe von Northold liegen zu bleiben, um geschmuggelten Rum einzuladen. Northold und Glenties waren Engländer, die Romantik der Inseln und umgeben waren einen Mannmann und einen Mannmann.

Beschlüsse der Internationale.

Ein Matteotti-Fonds für die „Länder ohne Demokratie“. — Ein Programm für Reform der Völkerbundkonferenz.

Zürich, 12. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale beendete am Montag in abschließlichen Verhandlungen ihre Züricher Tagung. Vor allem beschloß sie, als Demonstration gegen die Freilassung der Mörder Matteotti, des großen Märtyrers des Sozialismus, ein Denkmal zu errichten das im Volkshaus zu Basel aufgestellt werden soll, in der Erwartung, daß die Zeit nicht allzu fern sei, wo es möglich sein wird, in dem vom Faschismus befreiten Italien selbst ein Denkmal Matteotti zu errichten. Die Exekutive beschloß ferner, einen besonderen Matteotti-Fonds zu stiften, der als internationaler Hilfsfonds für die Arbeiterbewegung der Länder ohne Demokratie dienen soll. Die angeschlossenen Parteien werden aufgefordert, am 10. Juni, wenn der Todestag Matteotti sich zum zweiten Male jährt, den Grundstock zu diesem Fonds zu legen. In dem Wahlaufruf, der die Probleme der Arbeiterschaft, des Nichtstehens und des Kampfes gegen den Krieg in den Vordergrund rückt, werden auch diese Beschlüsse, die sich gegen den Faschismus und die Reaktion wenden, bekannt gegeben.

Die Kommission, die zur Beratung der Fragen des Völkerbundes, der Abrüstungskonferenz und der Wirtschaftskonferenz eingesetzt war, legte folgende Entschlüsse vor, die einstimmig angenommen wurden: An der Arbeiterklasse, daß der Weltfrieden für die Erreichung der Ziele der sozialistischen Arbeiterinternationale, für die Befreiung der Arbeiterschaft von der kapitalistischen Herrschaft und für die Errichtung der sozialistischen Republik eine unumgängliche Voraussetzung ist, erlärte die Exekutive an die Kommission des Arbeiterkongresses über die internationale sozialistische Friedenspolitik. Die Internationale hat damit ihre Stellung zum Völkerbund bestimmt. Sie fordert, daß der Völkerbund allumfassend und demokratisch werde. Was sich im März die Weltöffentlichkeit hat, einen entscheidenden Schritt zur Beseitigung des Völkerbundes zu tun, wurde sie nicht genutzt. Dieses bedauerliche Ergebnis war eine Folge der Methoden der Geheimdiplomatie und weiterhin dadurch verzerrt, daß man die Völkerbundkonferenzen nicht jene Rolle spielen ließ die sie nach dem Völkerbundsvertrag zukommt. Es ist von höchster Bedeutung, daß der Völkerbund nicht noch einmal in die Gefahr kommt, eine wertvolle Niederlage zu erleiden. Die Völkerbundskonferenzen im September muß Deutschland ohne Rücksicht in den Völkerbund aufnehmen und ihm einen dauernden Platz geben. Es muß gefordert werden, daß die demokratischen Tendenzen im Völkerbund stärker zur Geltung gelangen und daß insbesondere

1. die Vollversammlung in Zukunft nicht mehr dem Rat untergeordnet wird, daß sie im Gegenteil bei wichtigen Angelegenheiten die Initiative übernimmt; ihr obliegt es vor allem, in der Septembertagung die vorhandenen Schwierigkeiten zu überwinden;

2. die Ratsitzung durchweg durch Wahlen besetzt werden. Wenn es zu Schwierigkeiten kommen sollte, im gegenwärtigen Augenblick dieses Prinzip in seiner ganzen Strenge durchzuführen, wenn die Mächte die gegenwärtig einen dauernden Ratsitz innehaben, auf ihr Vorkommen nicht verzichten da es nicht anständig sein kann, Deutschland die gleiche Stellung wie Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan zu verweigern sollte sein Eintritt demnach nicht von den Weisungen anderer Nationen, vom Prinzip der Wahl getrennt, denn man im Gegenteil eine immer strengere Anwendung geben muß, um Rivalitäten und Kämpfe um Einfluß und Gleichgewicht zu vermeiden. In deren Folge das Ansehen und das Wirken des Völkerbundes geschwächt würde.

Die Frage der Demokratisierung des Völkerbundes bleibt auf der Tagesordnung der Internationale. Die Exekutive wird in ihrer nächsten Sitzung die einer Neuprüfung unterziehen. Es ist nötig, die Volksmassen darauf aufmerksam zu machen, daß die sozialistischen Beziehungen zwischen dem Völkerbund, wie sie die Sozialdemokratie versteht, ihren wahren Schutz nicht in den Rüstungen, in militärischen Bündnissen und der Geheimdiplomatie finden können, sondern nur in einer Völkerbundsreform, die die Regelung aller Konflikte durch friedliche oder andere friedliche Methoden liefert. Die Exekutive betont die gebieterische Notwendigkeit, zu einer schnelleren Einigung über das notwendige Ausmaß der Abriistung zu kommen. Sie stellt fest, daß der wirklich unternommene diplomatische Versuch, dem Willen der Völker, die von der Last der Rüstungen befreit werden wollen, Genüge zu leisten, das Problem des Weltmilitarismus nur leicht gestreift hat. Die Exekutive stellt weiter fest, daß eine Politik der internationalen Zusammenarbeit nur insoweit mit Erfolg betrieben werden kann, als die Demokratien sich entschließen, im Völkerbund die entscheidende Organisation für die Lösung der internationalen Probleme zu sehen.

Die Exekutive beschließt, eine Kommission zu wählen, die das Problem der Abrüstung so zu prüfen hat, wie es dem Völkerbund vorliegt. Sie erhebt schon heute Protest gegen die in gewissen Kreisen vorhandene Auslegung des Völkerbundsatzes, nach der die angeschlossenen Nationen nicht das Recht haben sollen, in dem Ausmaß, das sie für nötig halten, abzurufen. Die Internationale muß die gesamte Tätigkeit des Völkerbundes aufmerksam verfolgen; sie muß die Aufmerksamkeit der angeschlossenen Parteien auf die Wichtigkeit der Bekämpfung des sozialistischen Einflusses in allen Organen des Völkerbundes lenken. Sie muß sich schließlich auch bemühen, in jedem Falle die Übereinstimmung zwischen den Entschlüssen der nach ihren Wünschen formuliert wurden, durch die Völkerbundsversammlung herbeizuführen. Die Exekutive erinnert daran, daß die Sozialistische Partei Deutschlands gemäß der Moskauer Resolution eine energische Aktion geführt hat, deren Ergebnis die deutsche Regierung bestimmte, den Eintritt in den Völkerbund nachzusuchen. Die Exekutive hofft, daß auch die Arbeiter Amerikas und Russlands, an die die Internationale gleichzeitig einen Appell gerichtet hat, fordern werden, daß ihre Regierungen eine internationale Völkerbundsreform verfolgen und so immer mehr die Idee eines weltumfassenden und demokratischen Organes für die Bewahrung des Friedens verwirklicht wird.

Der Antrag der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands (U.A.P.), daß die S.A.I. sich an die Kommunistische Internationale in der Frage der Bildung einer allumfassenden Internationale wenden möge, wurde nach einer eingehenden Diskussion mit 247 gegen 3 Stimmen (U.A.P. und U.S.P. Polens) abgelehnt. Der Exekutive der S.A.I. lag außer dem begünstigten Vorschlag der U.A.P. und der ablehnenden Antwort der Labour Party ein ausführliches Memorandum des Sekretärs der S.A.I. vor. Die Exekutive beschloß, auf dieses Memorandum der Öffentlichkeit zu übergeben und behandelte dann eine Reihe von Fragen, die einzelne Länder betreffen. Sie nahm unter anderem einen Bericht der bulgarischen Sozialdemokratie über den Kampf für die Amnestie entgegen, in dem konstatiert ist, daß die Aktion, für die die Sozialdemokratie mit aller Kraft eintritt, hat von einem wesentlichen Erfolg gehabt hat. Ein Aufruf an die Arbeiter der verschiedenen Länder zur Bekämpfung der Organisation des sozialistischen Kampfes wird ausgesprochen.

Die nächste Sitzung des Bureau der S.A.I. wird in London am 12. Mai 1923 zusammenzutreten. Ein Schluß der Tagung wiederholte der Genosse Henderson die Einladung der englischen Labour Party an die sozialistische Arbeiterinternationale, ihren nächsten internationalen Kongress im Jahre 1923 in London abzuhalten. Die Verhandlung wurde einstimmig angenommen.

Ein Reichsminister will wieder deutsche Kolonien.

Der Reichsminister des Innern, Dr. Brüning, der als Kommissar für das Reichskolonialamt in den Jahren 1907 und 1908 in Deutsch-Südwest-Afrika die Selbstverwaltung für die Gemeinden eingerichtet hat, veröffentlicht im „Berliner Tageblatt“ einen Artikel, in welchem er erklärt, daß die Kolonialpolitik Deutschlands (?) mit Imperialismus und Militarismus nichts zu tun habe. Die Wiedereinrichtung Deutschlands in die Kolonialmächte sei vielmehr eine Sache des deutschen Volkes, der deutschen Ehre (?) und der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Gleichberechtigung. Die Teilnahme Deutschlands an der Entwicklung der Kolonialgebiete gehöre zu den wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten Deutschlands.

In einem Breslauer Vortrag hat kürzlich Prof. Bonn, der unter den deutschen Nationalökonomien die gründlichsten Untersuchungen über Kolonialpolitik veröffentlicht hat, vor der leistungsfähigen Annahme eines Kolonialmandats durch die Reichsregierung gewarnt. Diejenige Kolonie, die man Deutschland zur Verwaltung vom Völkerbund aus anbieten würde, würden die anderen sicher gerne los werden. Der Nichtbesitz von Kolonien habe dem deutschen Export bei den großen Völkern, die sich jetzt gegen europäische Kolonialpolitik auflehnen, stark genützt. Unserer Meinung nach genügen schon diese Erwägungen vom bürgerlichen Standpunkt, um die Sentimentalitäten von Dr. Brüning zu zerpfücken.

Leider schwärmt auch der Reichsbankpräsident Dr. Schacht neuerdings bei Gelegenheit öffentlich für deutsche Kolonialpolitik, offenbar aus den Enttäuschungen über die Mißerfolge des deutschen Warenexports, die bis auf weiteres aber zum großen Teil auf eine durch Sonderinteressen gehemmte deutsche Handelspolitik zurückzuführen ist. Wir sehen in solchen Gedanken im Zeitalter der fast vollendeten Aufteilung der Erde unter die älteren Kolonialmächte und des Erwachens der Kolonialvölker nur eine durch die ehrliche Harmlosigkeit ihrer Vertreter besonders aus sich selbst heraus Spielart des deutschen Imperialismus, mag das Wort Herrn Dr. Brüning auch nicht angenehm in die Ohren klingen. Prof. Bonn hat in der erwähnten Rede Deutschland eine unserer Meinung nach viel ehrenvollere Rolle zugewiesen: statt unter den Kolonialmächten die letzte zu sein, in der Kommission für die Kolonialmandate des Völkerbundes der Führer der Kritik zu werden, für die wir uns über seine Anregung hinaus ein positives sozialistisches Programm vorstellen können, das auch für Deutschlands „Weltgeltung“ unendlich viel mehr leisten könnte!

Kleine Auslandsnachrichten.

Der französische Völkerbundsdelegierte Genosse Paul Boncour ist am Montagabend in Danzig eingetroffen. Seine Reise erfolgte auf Einladung des neuen Völkerbunds-Kommissars van Hamel, um Boncour als Vertreter des Völkerbundes Gelegenheit zu geben, Danzig und seine politische und wirtschaftliche Lage an Ort und Stelle kennen zu lernen.

Der italienische Diktator kehrt nach der Besichtigung von Sabratha und Leptis Magna, sowie des Ackerbauinstituts am Donnerstag aus Tripolis nach Rom zurück. In einer dritten Ansprache, die er in Tripolis an die Bevölkerung hielt, erklärte er, seine Reise sei erfolgt, um das Interesse der Italiener auf die überseeischen Probleme zu lenken. Die glänzende Vergangenheit stelle für Italien den Ansporn dar, in einem schnelleren Tempo dem unfehlbar kommenden Triumph (!) entgegenzueilen.

In der neuen jugoslawischen Regierung kriecht es schon wieder. Der Unterrichtsminister Raditsch hat am Sonntag eine Rede gehalten, in der er den jugoslawischen Verkehrsminister für die Bestechung beschuldigte. Er soll bei Kohlenlieferungen für die Staatsbahn große Geschäfte gemacht haben. Das Ergebnis dieser Anklage war, daß der Verkehrsminister am Montag seine Demission gab. In einem Brief an die Öffentlichkeit erklärte er die Beschuldigungen Raditschs als erlogen.

Ein englisches Luftgeschwader zu Besuch in Afrika. Am Montag mittag um 1 Uhr ist das erste britische Luftgeschwader zum Besuch von Südafrika in Kapstadt gelandet. Der Verteidigungsminister erklärte bei dem unter großer Teilnahme der Bevölkerung vor sich gehenden Empfang, daß ein Besuch von Luftgeschwadern in Zukunft nicht ungewöhnlicher sei als der von Kriegsschiffen. Der Fahrt der vier englischen großen Flugzeuge nach Südafrika wurde damit in gewissem Sinne der Charakter einer Demonstration gegeben.

Aus aller Welt.

Eine Reformwut ohne Beispiel ist in der Reichshauptstadt ausgebrochen. Zu den Sechstagererennen, Wettkämpfen ist nun auch der „Dauerredner“ und „Dauerkämpfer“ getreten. So trainiert im Augenblick im Lustgarten der Kandidat für ein demnächst im „Lehrervereinshaus“ beginnendes „Sechstagerereden“. In zehn Sprachen versucht sich dieser reformwütige Dauerredner. Dagegen hat der durch die Presse großartig angekündigte „Dauerkämpfer“, der am Sonntagabend mittag 1 Uhr seinen Dauerkampf begann, bereits die Arbeit eingestellt. 29 Stunden tänzelte er hin und her, von dieser und jener Schönen in die Arme genommen. Dann ging es nicht mehr; das Herz hatte verlagert.

Zu Berliner Sechstagererennen liegt die französische Mannschaft Sergeant-Loret mit über 250 Punkten an der Spitze. Es folgen Koch-Niethe mit 38 Punkten. Alle anderen Paare sind 1-4 Runden zurück.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Gestern vormittag stürzte im Süden der Stadt Leipzig bei Ausgrabungsarbeiten am Bau des neuen Wasserwerks eine etwa 8 Meter hohe Erdwand ein. Zwei Arbeiter wurden verletzt, von denen der eine durch die herabstürzenden Erdmassen erdrückt wurde. Der andere Arbeiter wurde mit schweren inneren Verletzungen in das Krankenhaus übergeführt.

Wieder ein Auverser Berchtesgäddler in Mitteldeutschland. Heute früh, kurz nach 6 Uhr, stieß in diesem Nebel auf der großen Kreisstraße bei GutsMuths-Platz in der Nähe des Zoo ein Auverser Berchtesgäddler auf einen Beton-LKW. Der Fahrer wurde durch den Zusammenstoß mit dem Beton-LKW aus dem Auto geschleudert und schwer verletzt. Der LKW wurde durch den Zusammenstoß mit dem Berchtesgäddler schwer beschädigt. Die Polizei hat den Fahrer festgenommen und untersucht.

Kulturfragen in Preußen.

Der Hauptauschuß des Preussischen Landtages nahm gestern seine Beratungen wieder auf. Vor Eintritt in die Tagesordnung sprach der Vorsitzende des Hauptauschusses, Abg. Hirsch (Soz.), dem Kultusminister Dr. Becker die Glückwünsche des Ausschusses zum 50. Geburtstag aus.

Zum Ministerium berichtete Abg. Feuermann (D. Vo.). Bei seinem Ueberblick über den Haushalt weist der Berichterstatter darauf hin, daß auf die ordentlichen Ausgaben ein Mehrbetrag von 21 Millionen, auf die außerordentlichen ein solcher von 8 Millionen entfällt. Der Prozentsatz des Kultushaushalts am Gesamthaushalt, der 1913 24 Prozent betragen habe, sei um ein Drittel gesunken. Der alte Zustand müsse wieder erreicht werden.

Staatssekretär Schlegener vom Finanzministerium äußerte sich zur Finanzlage. Die Erwerbslosenfürsorge habe zu einer starken Belastung geführt. Die Erträge der Haussteuer für allgemeine Staatsfinanzen gegenüber der Regierungszentrale seien um 100 Millionen niedriger, die Einnahmen aus Holzverkäufen seien stark gesunken. Im ganzen liege ein etatsmäßiger Fehlbeitrag von 300 Millionen vor. Größte Sparmaßnahme sei notwendig. Deshalb könne auch von einer Erhöhung des Schulgelbes nicht abgesehen werden.

Abg. Dr. Boeltz (D. Vo.): Es sei ein Uebding für die zukünftigen Volksschullehrer den Besuch der höheren Schule zu verlangen und diese dann mit den höheren Schulgelbern zu belassen. Es treffe leider nicht zu, daß der Minister, wie er im vergangenen Jahre betont habe, über den Parteien stehe und als Beamtenminister mit größter Freiheit seine Entschlüsse fassen könne. Ein Minister, der ganz im parlamentarischen Leben drinstehe, habe eine größere Selbständigkeit auch seiner eigenen Partei gegenüber, als der Beamtenminister, der schwer kontrollierbaren Einflüssen ausgesetzt sei.

Abg. Dr. Pauscher (Ztr.) stellt fest, daß die Kritik an der Personalpolitik des Ministers im vergangenen Jahre lebhafter gewesen sei; die Antwort des Ministers sei für die Ankläger vernichtend gewesen.

Abg. König (Soz.) erklärt, die Sozialdemokratie sei in allen Zweigen der Schulverwaltung aus am schlechtesten vertreten. Die Mehrzahl der Regierungen hätte überhaupt keine Sozialisten. In die höhere Schule kämen viele unbegabte Kinder auf Drängen der wohlhabenden Eltern; hier müsse strenger vorgegangen werden. Die Verfassungsmäßigkeit der Frankfurter Simultanakademie sei nicht zweifelhaft.

Kultusminister Prof. Dr. Becker dankte dem Hauptauschuß für die Glückwünsche zu seinem Geburtstag. Die Erhöhung des Schulgelbes, an die die Unterrichtsverwaltung mit schmerzlichen Bedenken herangetragen sei, wäre auf Beschluß des Staatsministeriums erfolgt, um der Finanznot des Staates Rechnung zu tragen. Die Initiative hätte dabei in erster Linie bei den Städten gelegen. Die Unterrichtsverwaltung gäbe sich alle Mühe, Härten zu mildern, etwa durch weitere Schulgeldbefreiungen der Minderbemittelten. Die scheinbare Verschiebung der Ausgaben für Volks- und höhere Schulen sei darauf zurückzuführen, daß die Besucherzahl der Volksschulen um 1,2 Millionen gesunken, die Besucherzahl der höheren Schulen dagegen um etwa 50 Prozent gestiegen sei.

Der Minister wünscht den baldigen Erlass eines Reichsschulgesezes. Das Gesetz müsse ein Werk der Versöhnung aller Weltanschauungsgruppen sein; eine Vergewaltigung irgend einer Minderheit dürfe nicht erfolgen.

Das Staatsministerium stehe auf dem Standpunkt, daß gegen die Gründung einer simultanen Akademie keine verfassungsrechtlichen Bedenken vorlagen, da aber Einspruch erhoben sei, würde die Entscheidung eines höchsten Gerichtshofes anrufen werden. Die entscheidendste und drückendste Frage, mit der sich die Unterrichtsverwaltung seit langem beschäftige, sei die Not der Junglehrer, die durch den Rückgang der Schülerzahl in den Volksschulen und infolge der Gebietsabtretungen entstanden sei und in Preußen darum größer sei als in anderen deutschen Ländern. Die Gründung der Pädagogischen Akademien habe mit der Not der Junglehrer nichts zu tun, im Gegenteil müsse die Zeit der Ueberfüllung des Lehrerberufes ausgenutzt werden.

Um die neue Arbeitslosenversicherung.

Am Dienstag beginnen im Reichswirtschaftsrat die Beratungen über die neue Arbeitslosenversicherung. Die Verhandlungen, zu welchen verschiedene Spezial-Sachverständige geladen sind, werden sich nach der allgemeinen Aussprache zwangsläufig auf die Erörterung der zurzeit im Vordergrund stehenden Fragen der Beteiligung der Bezugsberechtigten, Klassen und Verringerung des Unterstützungssystems konzentrieren müssen. Die Arbeitgeber wollen zwar von einer Vorwegbehandlung dieser Fragen nichts wissen, und sie haben ihre Abneigung gegen die von den Gewerkschaften geforderte Zwischenlösung des Erwerbslosenproblems bei den Besprechungen im preussischen Wirtschaftsministerium deutlich zu verstehen gegeben, aber sie werden sich dem Zwange der Verhältnisse kaum entziehen können.

erst fünfzehn Jahre alt. In den letzten vier Jahren hat zwar kein Knabe mehr unter 16, jedoch ein Mädchen schon mit 13 Jahren geheiratet. Im Durchschnitt haben seit 1921 jährlich drei Mädchen mit vierzehn, und zweiundzwanzig mit fünfzehn Jahren geheiratet.

Großer Waldbrand in Irland. In den Mourne Mountains in Irland steht seit Sonnabend ein weites Gebiet in Flammen. Der Brand hat sich, vom Winde begünstigt, rasch in südlicher Richtung ausgebreitet. Der angerichtete Schaden ist bedeutend, doch sind bis jetzt keine Verluste an Menschenleben zu beklagen.

Eine furchtbare Schiffskatastrophe ereignete sich im Hafen von Port Arthur in Texas. Ein Dampfer stieg aus bisher noch nicht geklärten Gründen in die Luft, wobei 93 Personen getötet und 20 Personen schwer verletzt wurden. Das Groß-Linienschiff „Wolf of Venezuela“ mit einem Fassungsvermögen von 4000 Tonnen, der ungefähr 50 000 Delfässer aufnehmen konnte, ankerte seit einigen Tagen im Hafen von Port Arthur. Am Sonntag morgen brach plötzlich ein Brand am Vordersteck aus, der sich mit unheimlicher Geschwindigkeit ausbreitete. Bald stand der ganze Dampfer in hellen Flammen und löste eine Explosion nach der anderen aus. Weighfähige Stahlplatten, die durch die Explosion von Schiffkörper losgerissen wurden, Balken, Rosten, darunter Körner entsetzlich verformter Menschenwitellen durch die Luft und wurden mehrere hundert Meter weit fortgeschleudert.

Die moderne Behandlung der Paratyph. Auf dem in Wiesbaden tagenden Kongress der Deutschen Gesellschaft für innere Medizin machte der Wiener Internist Wagner von Saragha Mitteilung über den Stand seiner seit dem Jahre 1887 gemachten Versuche zur Heilung der Paratyph durch Injektion von Glycerin hochkonzentrierter Kaliumpermanganat-Lösungen in die Lymphgefäße. Die Versuche hatten aber bisher keinen Erfolg gebracht und anderen Glycerin-Injektionen hatte er ein hohes, bereits drei-maliges Versagen ausgerechnet, bei dem der Kranke an Malaria-Erregern gestorben war. Nach der Injektion entfiel ein Tages aber kein Fieber, das die Kranken sonst in solchen Fällen zu erwarten hätten. Die Injektion sei eine neue Methode zur Behandlung der Paratyph. Die Versuche werden weitergeführt werden.

Stadt-Theater.
Dienstag 7 Uhr:
Gastspiel Kammerjägerin
Lotha Lehmann
Lobengrin
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
Die vier Groblane
Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
„Li-Tai-Pe“

Lobentheater
Sellingstr. 8, Tel. Rg. 6774.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Gastspiel Erika Glässner
Zum ersten Male!
„Gretchen“
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Gastspiel Erika Glässner
„Gretchen“

Thalia-Theater
Schwerstr. 3, Tel. Rg. 6700
Dienstag, Mittwoch
abends 8 Uhr:
„Schuld und Jan“

Schauspielhaus.
Operettenbühne.
Tel. Stephan 37 460.
Täglich abends 8 Uhr:
Walters Jankuhn
„Das Spiel um die Liebe“
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
Walters Jankuhn
„Der Heiter aus Dingelde“

Parteilreunde
kauft an Bahnhöfen,
verlangt in Hotels,
Restaurants, Cafés
stets die
Volkswacht

Warburg Lichtspiele
Nur bis Donnerstag!
Harry Liedtke
in
„Gräfin Mariza“
nach der gleichen Operette
und das gute Beiprogramm.

Folgners Gaststätte
Ofenerstr. 134/130. Tel. R. 1616. Straßenbahnlinie 5 u. 12
Jeden
Dienstag: **Eisbeinessen u. Tanz.**

Anzüge nach Maß, reelle, haltb. Stoffe
28, 36, 40, 50 Mk. u. höher
Fertige Anzüge in den schönsten Formen
18.-, 24.-, 30.-, 36.- Mk. u. höher
Albrechtstraße 41 II. Etage
kein Laden

Um bei den wirtschaftlichen Verhältnissen den
Einkauf zu erleichtern, haben wir die
Preise für Reisbretter
erheblich herabgesetzt.
Ferner verkaufen wir Reisbretter, Winkel, Reiß-
zunge, Zeichenpapiere, Tuschkasten etc.
zu billigsten Schulpreisen.
Lessing & Pohl, Breslau,
Taschenstraße 29/31
Fachgeschäft für alle Mal- und Zeichengerätschaften

Gute und sehr billige
Romane und Erzählungen
finden Sie stets in der
Volkswacht-Buchhandlung Modernes Antiquariat
Breslau III, Neue Graupenstraße 5/7.

**Sanarien-
vögel**
kauft bis 18. April.
Schluss dieser Saison
für Amerika.
R. Riedel, Klosterstr. 123.

Impressen
auf neueste Formen
**Einzelverkauf
neuer Hüte**
zu Fabrikpreisen
**Hutfabrik
Körper**
Reuschstraße 53.

In Speise-Öl
täglich frisch
gibt billig ab
Breslauer Delmühle
Glauswischstr. 19/23.

Für Altschees
und Matrizen, die
innerhalb 14 Tagen
nach Ablauf des
Auftrages nicht
abgeholt, kann eine
Gewähr für Aufbe-
wahrung nicht über-
nommen werden.
**Verlag
der
Volkswacht**
Reichweise elegante
**Frad- u. Rad-
Anzüge**
H. Mohaupt
Raststraße 1, L. Tel. R. 1301
früher Albrechtstraße.

Circus Krone

**Noch nicht dagewesen? —
Na dann wird's Zeit!**
Nur noch wenige Tage!
Volkspreise: 0.50, 1.00, 2.00, 3.00. Vorverkauf, an allen Circuskassen und
3.50 bis 10 Mk. einsch. Steuer. im eigenen Kiosk am Ring.
Die Kassen sind täglich von 1/2 10 Uhr vormittags an geöffnet.
Sind Sie mit Ihren Kindern schon in Krones
Zoologischem Garten
gewesen? Geöffnet von 1/2 10 Uhr vorm. bis 6 Uhr abends. Erwachsene
1.— Mk., Kinder die Hälfte. Schulklassen bedeutende Ermäßigung.
Mittwoch
Sonnabend **2 Vorstellungen 2**
Sonntag **4 Uhr nachm. 8 Uhr abends**
Kinder unter 12 Jahren zahlen bei allen Nachm.-Vorstellungen halbe Preise.

Bei Vergebung von
Drucksachen
berücksichtigen Industrie und Handel,
Kommunal- u. Staatsbehörden, Partei-
vereine, Gewerkschaften, Krankenkassen,
Arbeiter-Sport- und Vergnügungs-
Vereine die Buchdruckerei der
Volkswacht
Breslau 2, Flurstraße Nr. 4-6

Nähmaschinen / Fahrräder
Teilleistungen gestattet.
Große Reparaturwerkstatt für alle Arten Nähmaschinen.
**Georg Grenlich, Hummerei 52, Laden
und Hummerei 20, Werkstatt.**

David: Referentenführer.
Eine Anleitung für sozialistische Redner.
Preis nur 50 Pf., auswärts 10 Pf. Porto.
Volkswacht-Buchhandlung (Modernes Antiquariat)
Breslau III, Neue Graupenstr. 5.

Pfänder-Auktion
19. April
Schnelder
Bärenstraße Nr. 12

Nachlaß-Verkauf.
Einf. Möbel, Gaslöcher u.
Lampe, best. Anzug, Mantel
u. a. m. billig
Augustastraße 151, III,
bei Kell. 252

B. Wollferge
Mtr. 1.40—2.00 Mtr., Körper
Mtr. 70 Pf., Leinwand Mtr.
45 Pf. bis 1.30 Mtr., Hemd-
futter 90 Pf. bis 1.30 Mtr.,
Garn 1000 Meter in allen
Sorten 35 bis 55 Pf.
Remise 700 Gramm 65 Pf.
Berthold Lippert,
Heinrichstraße 16.

Urania
12 Monatshefte
und 4 Bücher
**Der Dvoletawische
Kednos**
Zu beach. durch die Geldhilfsstelle
d. Zeitung u. die Zeitungsträger.

Fahrräder
Gummi :: Zubehör
verkauft billig
Geler
Freiburger Str. 16

Genossen, deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

Gaststätten u. Gasthöfe
BRÄUEREI und AUSSCHANK
**Zum großen
Meerschiff**
Inh.: E. Vogel
Reuschstraße 28 Telefon: Ring 2258
Nur selbstgebrante Biere
Anerkannt gute, preiswerte Küche

„Zur Stadt Berlin“
Inh.: Hermann Kipke Frankfurter Straße 72
Besuchen Sie unsere Gaststätten!
Gebr. Adler
Likörfabrik, Breslau XIII

Julius Bandhess, Schöninger Str. 33
Zuletzt Mitinhaber der auf ältester Fresse Brauerei Wacker.
Inhaber: Richard Julius Bandhess. — Keine Filiale.
Fahrräder, Verkauf u. Reparaturwerkstatt, Spritzen
Gasthof zum Glückstern Frankl. Straße 141
Inh. W. Briebisch
Gute Speisen u. Getränke :: Vereinszimmer ::

Kolonialwaren, Lebensmittel
Kolonialwaren, Wein, Tabak und Export-Feinstoffe
Eduard Jahnke, Breslau Marktstr. 23
Tel. Ohle 1658
Paul Krause & Co.
Gurkeinelegerei
Sauerkohli- und Rohkonserven-Fabrik
Fernsprecher Ring 9094
Breslau, Westendstraße 82/86

Pfandhäuser
Sie erhalten sofort Geld
auf Pfänder, in jeder Höhe.
Volkswacht Westendplatz 7
Telephon Ring 7918.
Geld auf Pfänder
Ludwig Otto Müller, Westendstraße 7

Molkerei-Produkte
Alois Henschel & Co.
Milchgroßhandlung und Molkereiprodukte
Brunnenstraße 34
Telephon Ohle 4931

Fleisch- und Wurstwaren
Richard Krusch
Wurst- u. Konserven-Fabrik
Adalbertstraße 13/15
Klosterstraße 49
Ohlauer Straße 67 (Goldene Krone)
Schmiedebrücke 22 (Goldener Zepher)

Johann Kursawe, Paulstraße 21
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Hermann Hawlitzky Mariannen-
straße 4
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Oskar Igel Neudorfstraße 44
Telephon: Ohle 5770
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Karl Märgner, Steiner Straße 1
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Ernst Hoffmann
Bärenstraße 30
Filiale: Hildebrandtstraße und Alsenstraße 26
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Reinhold Dziabas, Hildebrandtstr. 41
ff. Fleisch- und Wurstwaren

**Richard Stampe, Kospoth-
straße 5**
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Drechsler
Telephon, Sperrschloß, Linse, Karpfenack
Drechslerstr. Wilhelm Arnold, Breslau I,
Sandstraße 18 — Telefon Ohle 385.

Sellerie
Bittmann's Sellerie, Reuschstr. 43/44
Netzbelebiger
Spezial: Kugeln, Kugeln, Kugeln

Reinhold Vogler Piasten-
straße 28
ff. Fleisch- und Wurstwaren
Wilhelm Bardex Gräbschener Straße 68
Telephon: Ring 2561
Fabrik feinsten Fleisch- u. Wurstwaren.

Paul Berndt Weißenburger-
Straße 4
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Adolf Hoffmann, Herdain-
straße 106.
ff. Fleisch- und Wurstwaren.

Adolf Biedermann Gräbschener
Straße 260
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Felix Jacob
Matthiasstraße 177.
Billigste Bezugsquelle
für ff. Fleisch- und Wurstwaren.
Julius Hensel, Gabitzstr. 48
Billigste Bezugsquelle f. ff. Fleisch- u. Wurstwaren.
ff. Fleisch- u. Wurstwaren empfiehlt
Gustav Bartsch
Fleischerei u. Wurstfabrik. Hummerei 16.

Fritz Kaps Klosterstraße 7
ff. Fleisch- und
Wurstwaren
Albert Simmich
Hedwigstraße 21,
Ecke Sternstraße
Fleischerei u. Wurstfabrik

Paul Ulrich Hildebrandt-
straße 27
ff. Fleisch- u. Wurstwaren
Buchdruckerei Volkswacht
Flurstraße 4/6

Sport-Artikel
Sporthaus Kobs, Breslau 7 Höfchenstr. 75
Telephon Ohle 31428
Vorzüger dieses erhält 5% Rabatt

Musikwerke
Musikwerke aller Art
Albert Jocke, Breslau 6
Telephon Ohle 209
Teillieferung

Bäckereien und Konditoreien
Fritz Grieger
Mehlgaße 30
Frics-Brot * Makronen-Keks
Teegebäck * Kuchen

Hans Dulog Nachodstraße 23
Telephon: 50 437
Bäckerei — Konditorei — Bostellgeschäft

Georg Zorowka Westend-
straße 65

Reinhold Hübner Buchdlig. Volkswacht
Bäckerei u. Konditorei
Rosenstraße 16 | **Modernes Antiquariat**
Breslau 3, Neue Graupenstraße 5

Fahrräder und Reparaturen
P. Gafron Adalbertstraße 26.
Fahrräder von 75 Mk. an,
auch Teilzahlung. — Reparaturen aller Art.

Bruno Langner Gräbschener Straße 206.
Mars-, Corona-Fahrräder.
Fahrrad-Handlung und Reparatur-Werkstatt.

Elektro-Technik, Elektro-Installation.
**Elektrische Licht- und
Kraftanlagen** Tel. R. 7242
Tel. R. 7242
Paul Kaschig, Breslau 5, Gräbschener Straße 71a
Motore, Beleuchtungskörper und Zubehör in jeder Aus-
führung — Vertreterbesuch kostenlos und unverbindlich.

Bei Störungen
an Ihrer elektrischen Leitung sowie Neu-Anlagen
rufen Sie nur
Ring 7903 Ohle 6193
Gräbschener Straße 39 Kupferschmiede 17
(Ecke Schmiedebrücke)
1a Referenzen
Richard Gellert
Elektro-Installateur.

Radio-Artikel
Alles für Radio im **Radio-Haus Wachtplatz**
Friedrich-Wilhelm-Straße 16 — Tel. Ohle 5488
und Filiale I: Hohenzauer Straße 8

Buchdruckerei Volkswacht
Breslau 2 * Flurstraße 4/6

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 13. April.

„Er . . .“

Wenn's April geworden ist und die Sonne eine Weile geschienen hat, fällt mir jedes Jahr ein bedenklicher Mangel in der deutschen Literatur auf. Man hat einen Kuckuck besungen und die Weiden massenweise, die Primeln und die Maian — warum gibt es keinen Freudengefang, den wir beim Kuckuck — des ersten Spargels singen könnten?! Warum lassen uns die Dichter nur die betrübende Wahl zwischen einem unartikulierten Freudengeheul oder prosaischem Wehen? Und dennoch — (hal) wer unter den Pflanzen verdient zierliche geschliffene, tänzerische, gestrichelte Verse, wenn nicht er, der Schlanke, Weiße, Saftgebende, der nicht nur einen Körper, sondern auch einen Kopf hat, der dazu noch das Beste an dem ganzen Kerl ist?

Er ist wiedergekommen. Draußen in den Feldern sind die sauberen langen Sandhähnen gezogen, über die schon die fallenden weißen Blütenblättchen der Birnbäume und der Apfelbäume fliegen. Ein paar Sonnentage — dann zeigen die glatt gestrichenen Sandhähne hier und dort und da kleine Risse, Sprünge — und die Hand, die hier aufgräbt, greift um den schlanken Sproß; ein knirschender Schnitt, und in dem runden Schänzchen liegt wieder einer.

Heute ist er noch eine Seltenheit. Heute muß er noch mit einem großen Portomonaie umworben werden. Nur ganz spärlich — am Rhein bei Bingen, wo die Sonne an den Diktoren verschwenderisch war, oben auf den Gärten von Oberbad und Sachsenhausen in einzelnen, besonders begünstigten Feldern — konnten bereits Spargel geerntet werden. Aber jetzt ist's dem edlen Gewächs schon wieder zu kalt, zu windig, zu wolfig, und so gibt es sich noch mit aller Arroganz als Seltenheit und Musterexemplar!

Aber das wird ihm vergeben! — Bierzehn Tage noch: dann kommt er gebündelt und schlatz sozialisiert! Dann prüfen ihn Hausfrauen auf seine Stärke und Weiße — vollstän ist Spargelmode — und überlegen die besonderen Arten, mit denen man den edlen Geschmack auf verfeinerte Weise herausholt und den Gaumen besonders kitzelt. Butter, Eier, Majonaisen, Parmesanpöckchen, Del, Béchamel-Saucen, Sätze, Käse werden sich um ihn bemühen, damit seine erlebte Gestalt erhalten bleibe und seine Tugenden triumphieren.

Aber die Verse für ihn fehlen — die literarische Verklärung. Schade.
Dr. M. W.

Die erste Einäscherung in Breslau

hat am Montag mittag im neuerbauten Krematorium stattgefunden. Das Ereignis hatte eine große Schar von Menschen angezogen, die sich zu Fuß oder mit der Elektrischen nach Gräbchen begaben und die beim Eintrag in den Aufbahrungstraum ein solches Gedränge verursachten, daß mancher zum Trauergefolge gehörige Mühe hatte, hineinzukommen.

Auf einem schlichten Katafalk war die Leiche des weiten Kreises in Breslau bekannten Arztes Dr. Zinder aufgebahrt, dessen Wunsch es war, nach seinem Tode eingäschert zu werden. Nach einem weihewollen Harmoniumspiel und Gesang hielt Gemeindevorsteher Dr. Sängler von der Neuen Synagoge die Traueransprache, worauf auch Dr. Wisniewski namens der heiligen Ärzte dem Verstorbenen einen Nachruf hielt. Als der Geistliche sodann nach jüdischem Ritus noch ein Gebet gesprochen hatte, schloß sich der Sarg durch ein elektrisches Triebwerk auf einer Laufschiene langsam nach hinten in Bewegung. Gleichzeitig öffneten sich die beiden schweren metallenen Türen einer blau verzierten Nische, in die der Sarg langsam hineinglitt. Nachdem dies geschehen war, schlossen sich diese Türen wieder selbsttätig, und damit war der Sarg den Blicken des Trauergefolges und den sonst Geschiedenen entzogen und der Trauerakt beendet.

Es war zwei Personen von den Angehörigen des Verstorbenen freigestellt worden, dem nun folgenden Verbrennungsakt durch eine Guckvorrichtung beizumohnen. Von diesem Anerbieten wurde jedoch kein Gebrauch gemacht. Schon diese erste Einäscherung im Breslauer Krematorium hat den Beweis erbracht, daß zwischen einer Trauerfeier in einer Friedhofshalle und einer solchen im Krematorium kein wesentlicher Unterschied besteht und daß hier wie dort nichts geschieht, was menschliche Gefühle irgendwie verletzen könnte.

Generalanzeigerleser.

Wie die schlechten Eigenschaften einer Zeitung auf ihre Leser abfärben, hat sich gestern nachmittag anläßlich der Einäscherung unseres berühmten Genossen Stelzer deutlich gezeigt. Wer nach 2 Uhr mit der Straßenbahn nach Gräbchen fahren wollte, mußte bereits vor dem Sonnenplatz die Linie 10 oder 11 bestiegen haben. Denn schon hier war es den Schaffnern der Straßenbahn nicht mehr möglich, weitere Fahrgäste aufzunehmen, da die Wagen überfüllt waren. Auf die Frage, wer denn eigentlich gestorben sei, daß bereits von so weit her eine außerordentliche Teilnahme zu verzeichnen sei, kam die Antwort: „Man, heute wird doch der Dichter verbrannt.“ Im Laufe der Unterhaltung stellte sich dann heraus, daß die ungeheure Zahl der nach dem Friedhof Strömenden unseren Genossen Stelzer überhaupt nicht gekannt hat. Nur weit die „Verbrennung“ und alles, was drum und dran hängt, so sensationell im General stand, konnte die Sensationslust und Neugierde nicht anders befriedigt werden, als daß man dem Akt beiwohnen mußte. Teilnahme ist selbstverständlich nicht vorhanden. Am stärksten kam dieser ungeheure Sensationsdrang dann bei dem Eintrag in die kleine Halle zum Ausdruck. In rüchschlosener Weise, mit größter Gewalt, drängten sich die Sensationslüsternen hinein. Schwer war es den Mitarbeitern und Genossen, die alle doch Genossen Stelzer durch seine rührende Mitarbeit achten und schätzen gelernt hatten, an der Trauerfeier teilzunehmen. Zumeist mußten sich diese wieder nach Hause begeben, ohne dem Toten die letzte Ehre erweisen zu können. Wäre von seiten der Polizeiverwaltung nicht ein starkes Aufgebot von Mannschaften dagesessen, wäre es sicher zu den unangenehmsten Szenen gekommen. Schon so hatten die Polizeibeamten einen sehr schweren Stand. Schließlich sollten doch auch die nächsten Verwandten des Verstorbenen an der Trauerfeier teilnehmen, und ohne Mitwirkung der Polizei wäre sicher niemand von diesen in die Halle gekommen.

Als gerechter Ausgleich sind die vielen Neugierigen nicht auf ihre Rechnung gekommen. Die lodernnden Flammen waren eben nicht zu sehen, und somit sind Befehungen von Fremden doch so häufig, daß man deshalb kein Gedränge macht.

Rüstet zur Werbewoche für Partei und Presse

von Sonnabend, den 1. Mai, bis Sonntag, den 9. Mai

Schon am Weltfeiertag, dem 1. Mai, muß mit der Agitation eingesezt werden!

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Die Versammlung arbeitete gestern fleißig die Tagesordnung auf, sodas der Donnerstag für die Generaldebatte über den Haushaltsplan frei ist. Längere Zeit beschäftigte man sich mit der Schulgeldderhöhung an den höheren Schulen. Die Vorlage selbst wurde in den Ausschus verwiesen, lebhaft Empörung aber löste eine Mitteilung des Stadtschulrats Dr. Lauterbach aus, daß die Regierung bisher weder den Ausbau der Evangelischen Realschule I zur Oberschule noch die Errichtung der Aufbauschule genehmigt habe. Hiergegen wandten sich Redner aller Parteien, und besonders wandte sich unser Genosse Dr. Mark gegen eine solche Bevormundung, die besonders schwer die Eltern trifft, die ihre Kinder zur Aufbauschule angemeldet haben, und nun womöglich monatelang im Ungewissen bleiben, ob die Schule kommt, oder ob sie ihre begabten Kinder einem anderen Bezugs zuführen müssen. Die Debatte endete mit der einstimmigen Annahme einer Protesterklärung gegenüber der preussischen Staatsregierung.

Zu einer kürzeren Aussprache führte ein deutschnationaler Antrag auf Wiedereinstellung abgebauten Beamter. Wegen eine solche Wiedereinstellung hat eigentlich keine Partei etwas, nur bestritt Genosse Macho den Deutschnationalen das Recht, sich hier heranzutun. Denn gerade die deutschnationalen Arbeitgeber bringen ihre Landkassen außer Brot, um dafür polnische Arbeiter zu beschäftigen, und der Kommunist Ammon hielt den Deutschnationalen vor, daß ja gerade sie für den Beamtenabbau gewesen sind. Herr Braune, der den deutschnationalen Antrag vertrat, bedauert denn auch im Schlußwort, daß hier „politische Fragen in die Debatte gezogen“ wurden, während seine Partei nur das Gute für die Beamten gewollt habe. Die Zeit ist nun aber da, wo es den Deutschnationalen regelmäßig schlecht geht, wenn sie sich als Arbeitnehmerfreunde aufspielen, denn sie haben inzwischen Gelegenheit gehabt, wirklich zu zeigen, wie sie sind, und das: wurden sie richtig erkannt.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Stadtverordnetenvorsteher Dr. Friedrich wurde bekannt gegeben, daß Stadtverordnetenvorsteher Dr. Hoffmann (Soz.) sein Amt niedergelegt hat.

Hierauf wurde nach dem Bericht des Stadtschulrats (Dnat.) der Beschaffung von Eischränken für das Säuglingsheim zugestimmt.

Die Vorlage, Mieten von Räumen für das Arbeitsamt in der Arminstrasse 27/28, wird nach dem Vorschlag des Berichterstatters, Stadtschulrat Wolff (Soz.), den Ausschüssen 2 und 4 überwiesen.

Die Beschaffung eines zweiten Dienstwagens für den Oberförster wurde beschlossen.

Stadtverordneter Bogt (Bodenreformer) referierte über die Vorlage, Gewährung von Steuererleichterungen für Wohnungsneubauten und ersuchte, diese den Ausschüssen 5 und 8 zu überweisen.

Stadtverordneter Schmidt (Bodenreformer) trat dem Antrag des Vorredners bei und ersuchte ferner den Magistrat, eine Vorlage zu schaffen, nach der auf Grund der Grundvermögenssteuer die Hauszinssteuer niedergeschlagen werden kann.

Dieser Antrag wurde abgelehnt, der Antrag des Magistrats wurde angenommen.

Stadtverordneter Wolf (Dem.) referierte dann über Verstärkung des Bauosts „Erweiterung der Elektrizitätswerke 1925“. Der Magistrat ersuchte hier um Zustimmung, daß der Bauost „Erweiterung der Elektrizitätswerke 1925“ um 520 000 RM. verstärkt und dieser Betrag mangels anderer verfügbarer Mittel zunächst vorstufweise den eigenen Einnahmen der Werke entnommen wird, bis Deckung der Anteile möglich ist.

Stadtverordneter Dite (Soz.) beantragte, die Vorlage dem Ausschus 5 zu überweisen. Dies wurde beschlossen.

Die Ueberweisung der Baukosten der Marktniederlage an die Elektrizitätswerke wurde nach dem Bericht des Stadtschulrats Dr. Stecher (Dnat.) beschlossen.

Für den Sekundärarzt am Säuglingsheim, Dr. Landshberger, soll die auswärtige verbrachte Krankenhaustätigkeit angerechnet werden.

Von der Siedlungsgesellschaft A.G. soll eine Wohnung für die Verwaltung des Schlacht- und Viehpostes übernommen werden. Der Berichterstatter, Stadtschulrat Widera (Soz.), trat dafür ein, daß bei der Verteilung von Dienstwohnungen auf linderreiche Familien Rücksicht genommen werde.

Stadtverordneter Ziegler sagte Berücksichtigung dieses Wunsches zu.

Stadtverordneter Datz (Soz.) berichtete über Festsetzung der zum Haushaltspläne der Beamtenbefolgungen für 1926 aufgestellten Befolgungsordnung.

als neue Vorschrift. Es handelt sich darum, daß die zum Haushaltspläne der Beamtenbefolgungen für 1926 aufgestellte Befolgungsordnung und die Nachweisung der Sondervergütungen als neue Vorschrift festgesetzt und daß die Dienstbezüge nach dieser neuen Befolgungsordnung und der Sondervergütungsnachweisung vom 1. April 1926 an gezahlt werden.

Die Vorlage wird genehmigt.

Die Erwerbung einer Fläche aus dem Grundstück Poststraße 11/Dominikanerplatz 1, die 700 Mark kosten soll, wurde genehmigt. Ferner wurde der Verkauf einer Fläche aus dem Grundstück Rosenstraße 1/2 beschlossen.

Die Kassenanweisung der Sparkasse für 1926 wurde genehmigt.

Genehmigt wurde dann nach dem Bericht des Stadtschulrats (Dem.), daß der Uebertrag der städtischen Sparkasse mit 423 145,40 RM. aus dem Kalenderjahre 1925 wie folgt verwendet wird: 1. als Rücklage für eine Glasheben-Selbstversicherung 10 000 RM.; 2. als Rücklage für eine Mehrwert-Selbstversicherung gegen Einbruchdiebstahl 10 000 RM.; 3. als Rücklage für eine Selbstversicherung gegen Verabreichung und Verunreinigung beim Ebidtransport 10 000 RM.; 4. als Rücklage für eine Selbstversicherung der Sparkassengebäude gegen Feuersgefahr 50 000 RM.; 5. als Rücklage für Betriebsverbesserungen 20 000 RM.; 6. als Rücklage für die Giroabteilung gemäß § 30, 3 der Satzung 100 000 RM.; 7. als Kurzurücklage 59 351,80 RM.; 8. als Ueberweisung an das Sicherheitsvermögen der Sparkasse 103 793,60 RM.; zusammen 423 145,40 RM.

Stadtverordneter (Dnat.) berichtet über einen mit der Schlesischen Immobilien-A.G. betreffend Anlagekosten für Gräbchener Straße zu schließenden Vergleich. Es handelt sich darum, daß die Schlesische Immobilien-Aktiengesellschaft einen sofort bei Vertragsabschluss zahlbaren einmaligen Betrag von 30 000 RM. bietet. Als Antiegebeitrag für Gräbchener Str. 142 werden weiter rund 3000 RM. vorbehaltlich genereller Berechnung sofort nach Fertigstellung der Straße und Abschreibung der Kosten fällig. Durch diese beiden Zahlungen wird die Stadtgemeinde unter Berücksichtigung der auslaufenden Zinsen so gestellt, als ob sie 5 1/2 Jahre nach Straßenabrechnung sämtliche Antiegebeiträge heranzöhlte. Da von den rund 300 Meter Grundstücksfront bisher nur 112 Meter bebaut sind, muß dies-

der heutigen Lage des Baumarktes und der allgemeinen Wirtschaftslage als günstiges Ergebnis bezeichnet werden.

Stadtverordneter Wolff (Soz.) bemerkte, daß seine Partei der Vorlage zustimme. Es sei aber notwendig, jetzt den dortigen Bürgersteig in Ordnung zu halten.

Die Vorlage wurde genehmigt.

Der Beschaffung eines Röntgenapparates für das städtische Krankenhaus zu Allerheiligen wurde nach dem Bericht des Stadtschulrats, Thomas (Soz.) zugestimmt.

Stadtverordneter Mark (Soz.) berichtete über Gewährung eines Garantie-Zuschusses von je 10 000 Mark für die Ausstellung der Schlesischen Malerei und Plastik des Mittelalters.

Die Vorlage wurde genehmigt.

In den Ausschus 1 wurde Stadtverordneter Ritter (Soz.) gewählt. Genehmigt wurde, daß die Stadtverordnetenfraktionen im Juli und August ausfallen.

Zum Ortsstatut betreffend die Reinigung der öffentlichen Wege wurde ein Nachtrag beschlossen.

Die Vorlage, Abstandnahme von der Bildung eines Fonds zur Gewährung von Darlehen auf Baukostenzuschüsse wurde entsprechend dem Antrag des Stadtschulrats Datz (Soz.) dem Ausschus 8 überwiesen.

Die Schulgeldderhöhung für die höheren und Mittelschulen vom 1. Mai 1926 sollen wie folgt festgesetzt werden: Höhere Schulen für einheimische Kinder 200, Mittelschulen 96 RM., für auswärtige Kinder 250 bzw. 120 RM., Ausländer 400 und 192 RM. Beim Besuch eines zweiten und dritten Kindes tritt eine Ermäßigung, beim Besuch eines vierten Kindes eine Befreiung vom Schulgelde ein.

Gegen diese Erhöhung des Schulgeldes wurden eine Reihe von Bedenken geltend gemacht.

Stadtschulrat Lauterbach bemerkte, der Magistrat habe ursprünglich nicht die Absicht gehabt, den Stadtverordneten die staatlichen Sätze vorzuschlagen. Er wies dann auf die beträchtlichen Kosten der höheren Schulen hin. Der Ausbau der evangelischen Realschule zur Oberschule sei vom Minister abgelehnt worden, angeblich, weil die Räume nicht ausreichen. Die Schulverwaltung komme durch diese Abgabe in eine äußerst peinliche Lage. Die Aufbauschule sei ebenfalls noch nicht genehmigt.

Stadtverordneter Mark (Soz.) ist über die Verzögerung der Genehmigung der Aufbauschule empört. Die Sabotage der Einrichtung einer Schule sei eines Kulturstaates nicht würdig. Man solle Breslau wie ein ausländisches Gebiet behandeln zu wollen. Was die Erhöhung des Schulgeldes anbelange, siehe seine Fraktion prinzipiell auf dem Standpunkt des unentgeltlichen Schulbesuches. Zugewiesen werden müsse, daß die Stadt durch die höheren Schulen stark belastet werde. Man werde daher der Erhöhung des Schulgeldes auf den höheren Lehranstalten zustimmen müssen. Bei den Mittelschulen müßten die Freistellen auf 25 Prozent erhöht werden.

Es wurde dann folgender Antrag angenommen: „Die Breslauer Stadtverordneten-Versammlung nimmt mit größtem Bedauern davon Kenntnis, daß die Preussische Staatsregierung die Genehmigung zum Ausbau der evangelischen Realschule I zu einer Oberschule aus nichtigen Gründen verweigert hat und die Genehmigung zur Eröffnung einer Aufbauschule in unerträglicher Weise hinauszögert.“

Die Stadtverordneten-Versammlung erblickt hierin eine Ueberspannung des staatlichen Aufsichtsrechtes und einen unberechtigten Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Stadt. Sie ersucht den Magistrat, alle geeigneten Mittel zur Uebwehr zu ergreifen.“

Die Vorlage selbst wurde dem Ausschus 3 überwiesen. Ein Antrag auf

Wiedereinstellung abgebauter Beamter wurde nach längerer Debatte angenommen.

Stadtverordneter Macho (Soz.) bemerkte, daß die Stadt zwar nur 3,7 Prozent der Beamten abgebaut habe. Seine Partei wünsche aber die Wiedereinstellung der Abgebauten soweit wie irgend möglich. Ob politische Gründe für den Abbau maßgebend gewesen seien, sollten gewisse Kreise, die bestimmte Wünsche hierbei nicht erfüllt sehen, nicht so leicht unterzücken. Was geschehe aber, um die 900 abgebauten Eisenbahnarbeiter unterzubringen? Es wäre ferner zu wünschen, daß die zugunsten polnischer Landarbeiter erwerbslos gemachten deutschen Arbeiter wieder Beschäftigung fänden.

Eine Anfrage der Kommunisten über preistreibende Tendenzen des Kleingartenamtes fand nicht genügende Unterstüzung.

Stadtverordneter Mark (Soz.) berichtete über eine einmalige Zuwendung an die Vereinigten Theater und beantragte, die Vorlage dem Ausschus 8 zu überweisen. Der Referent bemerkte, daß die Pflege des Schauspielens mindestens ebenso wichtig wie die der Oper sei und daß man deshalb den Zuschuß für das Schauspiel entsprechend erhöhen möge.

Stadtverordneter Thum (Dnat.) glaubt, die Stadt sei nicht in der Lage, dem Schauspiel eine Unterstüzung gewähren zu können.

Stadtverordneter Stein (Dnat.): Wie kommt der Magistrat dazu, den Vereinigten Theatern 20 000 Mark vorstufweise zu geben?

Stadtverordneter Friedel bemerkte dazu: Der Magistrat habe diese Summe nur unter der Voraussetzung gezahlt, daß bei der Zustimmung der Stadtverordneten dieser Betrag verrechnet werden würde.

Stadtverordneter Wolf (Dnat.) bejaht prinzipiell die Notwendigkeit eines Zuschusses für das Schauspiel.

Stadtverordneter Ammon (Komm.): Welchen Einfluß hat sich die Stadt auf den Spielplan und auf die Bemessung der Gehälter des Stadttheaters gesichert?

Stadtverordneter Mark (Soz.) wandte sich in seinem Schlußwort gegen die Hege der Staltpresse gegen die leitenden Stellen des Stadttheaters. Die schroffe ablehnende Haltung des Stadtschulrats Thum in der Frage der Subventionierung des Schauspielens sei zu bedauern. Wenn man aber die Zuschüsse für das Schauspiel nicht bewillige, werde die Sozialdemokratische Fraktion den Zuschuß für die Oper ablehnen.

Die Vorlage wurde dann dem Haushaltsausschus überwiesen und die öffentliche Sitzung geschlossen.

Die würdigere Flamme.

Vom Verein der Freidenker für Feuerbestattung werden wird gebeten, folgende Zeilen zu veröffentlichen:

In unseren Kreisen hat die Generalanzeiger-Koalition über die Veränderung der Reihenfolge der Einäscherungen am ersten Tage der Betriebsaufnahme berechtigter Weise die heftige Empörung ausgelöst. Wir haben uns sofort mit den zuständigen Stellen in Verbindung gesetzt und folgendes festgestellt: Das Rathhausamt der Stadt Breslau steht der Koalition völlig fern. Die vorherige Einäscherung des Verstorbenen Dr. W. ist eine Maßnahme aus Gründen, die die Geschäftsleitung unseres Vereines zu jeder Zeit billigt. Die geschmacklose und abgibt Form der Anfindung stammt vielmehr von dem Verein „Liquor“ her bzw. dem Bestattungsgehilfen Gode. Es ist sogar angenommen, daß der Vorstand dieser bürgerlichen Organisation von diesem Nachwort abstrahiert und den Vorgang bedauert. Viele Firmen hat sogar aus ordinarer Bewusstseinsarbeit den letzten Willen des Verstorbenen Arztes (bewußt oder unbewußt) nicht beachtet, der

Gewerkschaftsbewegung.

Es beginnt zu dümmern.

In Nr. 3 der englischen Zeitschrift „Trade Union Unity“ (Gewerkschaftseinheit) schreibt George Hids, der den englischen Bauarbeiterverband gespalten hat, und deshalb berufen ist, im holländischen Geiste für die Einheitsfront zu wirken, in einem der Frage des Anschlusses der Russen gewidmeten Artikel unter anderem:

„Ich denke manchmal daran, von wem großem Nutzen es gewesen wäre, wenn die russische Gewerkschaftsbewegung vor 18 Monaten oder noch früher, als die Frage der internationalen Gewerkschaftseinheit zum erstenmal ernsthaft vom Generalrat des britischen Gewerkschaftsbundes besprochen wurde, in der IGB eingegliedert worden wäre. Die Spaltungen in Frankreich, der Tschechoslowakei, in Deutschland und anderen Ländern hätten aus der Welt geschafft werden können und die Begeisterung und der Eifer, die die Russen mitgebracht hätten, würden auf die ganze Bewegung abgeleitet und der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung von ganz Europa und der ganzen Welt eine andere Richtung gegeben haben. Jeder Tag, der vorbeigeht, ohne daß unsere russischen Kameraden an der zentralen Führung der Gewerkschaftsinternationale Anteil haben, ist ein großer Verlust für die Bewegung und ein ernster Schaden für die ganze Arbeiterklasse.“

Der „Vorwärts“ bemerkt dazu sehr richtig: Nicht bloß vor 18 Monaten, sondern schon seit Jahren sind die Russen zum Anschluß an den IGB aufgefordert worden, und sie hätten in der Tat gut getan, sich anzuschließen. Ob nun die bösen Amerikaner recht haben, daß die Ausführungen Tomskis und Losowskys auf dem letzten russischen Parteitag ein Spiel mit verteilten Rollen war oder ob die Ansicht der „Trade Union Unity“ die richtige ist, was sagen will, daß die beiden Führer tatsächlich von entgegengesetzten Standpunkten aus redeten, auf alle Fälle besteht die Tatsache, daß zum Schluß aller Welt offiziell mitgeteilt wurde, daß die Russen „alle Konterrevolutionären Klatschereien über den angeblich beabsichtigten Anschluß der Gewerkschaften der Sowjetunion an den IGB, zurückweisen“.

George Hids gibt in seinem Artikel zum Schluß der Ueberzeugung Ausdruck, daß alle Schwierigkeiten auf einer Konferenz mit den Russen beseitigt werden könnten. Wäre dies der Fall, so würde sicher kein einziger Amerikaner den geringsten Einwand finden. Aber die Russen wollen ja nichts wissen von solchen „Konterrevolutionären Klatschereien“. Nach dem Artikel von Hids könnte man eher vermuten, daß es bei gewissen Leuten zu dümmern beginnt.

Verbandstag der Sattler.

Hamburg, 12. April. (Eigener Drahtbericht.) Als erster der alljährlich in Hamburg stattfindenden Gewerkschaftskongresse wurde am Montag im Gewerkschaftshaus der 3. ordentliche Verbandstag des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Bortseuillier-Verbandes durch den Vorsitzenden des Verbandes, Blum, eröffnet. Als Vorsitzende des Verbandstages wurden Blum-Berlin und Dreger-Hamburg gewählt. Der Verbandstag löschte dann verschiedene Anträge, die jedem einzelnen Delegierten das Recht zur Vorlage von Entschlüssen und Anträgen geben sollte, gegen eine kleine Minderheit ab. Anschließend erbatete der Verbandsvorsitzende, Blum-Berlin, den Bericht des Vorstandes. Er wies einleitend auf die Schwierigkeiten der letzten Zeit hin. Ihre Überwindung sei nur möglich gewesen durch die tatkräftige finanzielle Unterstützung ausländischer Bruderorganisationen. Außerordentlich erschwerend werde die Lage im Gewerbe auch heute dadurch, daß die Unternehmer immer noch an den Inflationsmethoden und -Gewinnen festhalten wollen. Die Preise der Produktionsgegenstände in der Lederindustrie seien deshalb viel zu hoch. Von einer Stabilität der Mitgliederbewegung könne leider nicht gesprochen werden. Der Redner setzte sich dann sehr scharf mit den Zuständen in der Offenbacher Lederwarenindustrie auseinander, wo die Organisation unter den kommunistischen Umtrieben sehr stark zu leiden habe. Diese Zustände könnten jetzt als überwunden angesehen werden, und damit sei für die Organisation der Weg zu neuer Arbeit freigemacht.

Geschäftlich-Berlin vom Hauptstand sprach über die Lohn- und Tarifpolitik sowie über die Streikbewegung in den letzten drei Jahren. Der Bericht über den Stand der Kasse, den Nieder-Berlin erstattete und der Bericht der Redaktion des Verbandsblattes schloßen sich an. Ueber die Berichte findet eine gemeinsame Aussprache statt.

Der deutschnationale Zentralverband der Landarbeiter auf dem Vögelnschneepfad.

Die Tätigkeit der beiden Vorsitzenden des deutschnationalen Zentralverbandes der Landarbeiter, Behrens und Meyer, in der Bemerkung die Schulz hat unter den noch denkwürdigen Mitgliedern dieses Verbandes eine große Unzufriedenheit hervorgerufen. Um der Klärung der Mitglieder entgegenzutreten, versucht die „Rundschau“, das Zentralorgan dieses Verbandes, in ihren letzten Nummern ihre Leser davon zu überzeugen, daß der Zentralverband der Landarbeiter die einzig richtige Interessensvertretung der Landarbeiter ist.

Mit allen Mitteln der Verleumdung versucht die „Rundschau“, dem Deutschen Landarbeiter-Verband Arbeiterverband nachzuweisen. In der Nummer vom 28. März muß es ein Herr Ohliger aus der Pfalz tun. Ohliger haben bekanntlich kurze Beine, und so muß jeder Leser des Artikels nach unierer Ansicht den Schwanzel sofort herausfinden. Ohliger sagt ganz richtig, daß der Deutsche Landarbeiter-Verband das Lohnabkommen, welches nur bis zum 1. März 1926 für die Landarbeiter der Pfalz Gültigkeit hatte, gefälligst hat. Die neue Forderung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes lautete auf 36 Pf. Stundenlohn. Da über diese Forderung mit den Arbeitgebern keine Einigung zu erzielen war, mußte die Kreisprüfkammer zur Entscheidung angerufen werden. Diese fällt einen Schiedspruch, worin die alten Löhne von 4 Pf. pro Stunde festgesetzt wurden. Die Winterzulage von 3 Pf. pro Stunde kam durch den Schiedspruch in Wegfall. Ohliger macht den Deutschen Landarbeiter-Verband dafür verantwortlich, daß dieser Schiedspruch gefällt wurde. Er redet in seinem Artikel von Hungerlöhnen, die der Deutsche Landarbeiter-Verband abgeschlossen habe. Dabei stellt er zwei Zeilen vorher ausdrücklich fest, daß ein Schiedspruch vorliegt. Wer Ohliger will, muß ein gutes Gedächtnis haben. Dieses hat den Herrn Ohliger wahrscheinlich im Stich gelassen. Nur Rindsköpfe können so etwas zusammenstreichen. Jebermann weiß, daß alle Gewerkschaften in letzter Zeit sich sehr oft mit Schiedsprüchen abfinden mußten, die ihnen nicht angenehm waren. Daß man einen Schiedspruch einer Schlichtungsinstanz zu einem Vorteil der Organisation an die Arbeiterschaft zurückführt, die erst den Antrag auf Lohnhöhung stellte, ist uns bisher noch nicht vorgekommen. Die Fähigkeiten zu solchen Schwandlungsmethoden sind schließlich nur bei den Leuten zu finden, die in ihrer Angst um den Bestand ihrer Organisation nicht mehr wissen, was sie tun. Diese Angst ist bei Herrn Ohliger erklärlich, wenn man weiß, daß der deutschnationale Zentralverband der Landarbeiter in der Pfalz keinen Antrag unter der Landarbeiterklasse hat. Die Land- und Waldarbeiterklasse der Pfalz weiß, daß sie ohne den Deutschen Land-

arbeiter-Verband heute keinen Tarifvertrag mehr hätte. Mit Hilfe des Führers des Zentralverbandes der Landarbeiter sollte der Tarifvertrag in der Landwirtschaft und im Weinbau zerlegt werden. Dem Deutschen Landarbeiter-Verband ist es zu verdanken, wenn diese Schläge abgewehrt werden konnten.

Reichstarifvertrag im Studeggergewerbe.

Die Verhandlungen zwischen dem Deutschen Studeggergewerbeverband, Sitz Düsseldorf, und dem freigewerkschaftlichen Deutschen Bauarbeiterverband, Sitz Hamburg, sowie dem Zentralverband der Reichsarbeiter Deutschlands, Sitz Berlin, haben zum Entschluß eines Reichstarifvertrages für das Studeggergewerbe geführt. Der in seinen Hauptpunkten durch Schiedspruch zustandekommene ist. Danach sind die Löhne ausschließlich nach Bezügen festzusetzen. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit darf 48 Stunden nicht überschreiten, Akkordarbeit ist grundsätzlich zulässig, die Bezugsverhältnisse haben zwecks Abschluß von Akkordverträgen auf Antrag einer Partei zu verhandeln. Die Zuschläge für Überstunden betragen 25 Prozent, für Nachtarbeit 50 Prozent und für Sonntagsarbeit 100 Prozent des jeweiligen Stundenlohnes. Der Tarif gilt vom 1. Juni 1926 bis zum 31. März 1928. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 29. April. Die Gewerkschaften werden in Reichskongressen zu dem Vertragsentwurf Stellung nehmen.

Die Verhandlungen zur Erneuerung des von den Arbeitgebern geforderten Reichstarifvertrages für das Dachdeckergewerbe sind an der Lohnregelung gescheitert.

Gewerkschaftliche Zusammenschlüsse.

Die Konzentrationsbewegung der deutschen Gewerkschaften hat in neuerer Zeit wieder erhebliche Fortschritte gemacht. Der letzterlangte Zusammenschluß der Arbeiter in den keramischen Industrien scheint jetzt greifbare Gestalt anzunehmen. Aber bemerkenswerter Weise schließen sich die in Frage kommenden Verbände der Glasarbeiter und Porzellanarbeiter nicht in einer neuen Organisation zusammen, sondern gehen zusammen in einen größeren und leistungsfähigeren Verband, dem Verband

Wirtschaft.

Die Reichskredite für Wohnungsbau.

Zunächst 100 Millionen, davon die Hälfte für Preußen. Der 200-Millionenkredit des Reiches zur Förderung des Wohnungsbau, der in Kürze an die Länder geht, damit diese ihn in Form von Hypotheken dem Wohnungsbau zuleiten, wird nicht auf einmal, sondern nur stufenweise dem Bauplatz zugeteilt werden. Man wird zunächst einmal 100 Millionen bereitstellen, wovon über die Hälfte auf Preußen entfällt. Preußen, das für dieses Jahr ein Bauprogramm von 160 000 Wohnungen aufgestellt hat, müßte, wenn es den Wohnungsbedarf einigermaßen decken wollte, mindestens 150 000 bis 180 000 Wohnungen in diesem Jahre bauen. Man rechnet damit, daß vielleicht 120 000 Wohnungen in diesem Jahre hergestellt werden.

Wenn in einem Teil der Presse, vor allem der Unternehmerpresse, gegenwärtig darauf hingewiesen wird, daß sich nur ein ungedeckter Bedarf von etwa 400 000 Wohnungen berechnen lasse, eine Zahl, die hinter den in der Öffentlichkeit genannten Schätzungen von 800 000 bis eine Million fehlender Wohnungen weit zurückbleibt, so wird dabei ganz vergessen, daß der Wohnungsbedarf aufs engste von der Wirtschaftslage und dem Lebensstandard der breiten Massen abhängig ist. Die Zeit der Arbeitslosigkeit, in der viele sich ein Zimmer nicht mehr leisten können und bei bekannten Personen einen Unterschluß suchen, wo neue Haushaltungen nicht gegründet werden können, bringt natürlich ein Zusammenstürzen des Wohnungsbedarfs. Da aber unmöglich mit der jetzigen Massenarbeitslosigkeit als einem Dauerzustand gerechnet werden kann, muß binnen Jahresfrist die Nachfrage nach Wohnungen wieder steigen. Eine vernünftige Wohnungspolitik kann deshalb nicht von heute auf morgen, sondern muß auf weite Sicht hinaus getrieben werden.

Landbundwirtschaft.

Der Landbankstand in Keppen, über den damals ausführlich in der sozialdemokratischen Presse berichtet wurde, hat ein gerichtliches Nachspiel gehabt. Am 31. März hatte sich nach einer Mitteilung der „Völkischen Zeitung“, Nr. 153, der frühere Direktor der Landbank, Schubert, vor dem Schöffengericht in Frankfurt a. d. O. wegen Unterschlagung, Untreue und Vergehen gegen das Genossenschaftsrecht zu verantworten. Die Landbank ist nach den Angaben des Berichterstatters zurzeit im Konkurs. Der Zusammenbruch derselben habe den Ruin eines großen Teiles der Genossen verschuldet, die nicht nur ihren Geschäftsanteil in Höhe von 500 Goldmark verloren haben, sondern auch mit einem Teil der Haftsumme von 2500 Mark, und zwar vorläufig in Höhe von 700 Goldmark, zur Deckung der Schulden herangezogen sind. Ein großer Teil der Genossen sei zum Beitritt erst veranlaßt worden, nachdem die Ueberschuldung der Bank bereits unzweifelhaft war.

Standalösler als das sind die Angaben, die in der „Völkischen Zeitung“ über die Gerichtsverhandlungen gemacht werden. Danach behauptet der Direktor Schubert drei oder vier Pferde, Wagen, Automobile und Motorräder. Er erwarb auch ein Gut und lebte auf großem Fuße. Auf Vorhalt habe er zugestimmt, daß er bereits vor seiner Anstellung als Bankdirektor wegen Unterschlagung mit drei Monaten Gefängnis bestraft worden war. Ueber die Gelder der Landbank habe Schubert in großzügiger Weise im eigenen Interesse verfügt. Er zehnte einen Scheck für die Genossenschaft, gab diesen der Rumänischen Ritterchaftsbank in Zahlung und ließ sein privates Konto dafür erkennen.

Am interessantesten sei die Teilnahme des Angeklagten an den Segnungen des vom Landbund West-Sachsenberg herausgegebenen werbenden Heftes. Vom Landbund seien in der Inflationszeit Geldscheine herausgegeben worden, die angeblich durch Roggen der Landwirtschaft des Kreises West-Sachsenberg garantiert waren. Die Ausgabe sei durch die Landbank erfolgt. Einmal habe sich Schubert ein ganzes Paket solcher Scheine von der Druckerei nach einer Automatenfirma in Frankfurt senden lassen, um damit ein von ihm persönlich gekauftes Automobil zu bezahlen. Andere Scheine habe er zur Deckung seines persönlichen Kontos bei der Rumänischen Ritterchaftsbank benutzt. In eine Eintragung dieser privatim verwandten Gelder in die Bücher der Landbank sei natürlich nicht gedacht worden. Die Folge sei gewesen, daß schließlich mehr wertloses Landbundsgehalt an die Landbank zur Einlösung zurückfloß, als nach den Büchern ausgegeben war. Bei der Nachprüfung der Bücher habe sich schließlich ergeben, daß der Herr Direktor seiner eigenen Genossenschaftsbank mehr als 100 000 Goldmark schulde.

Die durch einen Referendar vertretene und nicht die geringste Reue veranlassende Staatsanwaltschaft habe immerhin eine Gefängnisstrafe von 2½ Jahren und 500 Mark Geldstrafe beantragt. Das Gericht sei milder gewesen und verhängte eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und 600 Mark Geldstrafe.

Die Zustände in der Keppener Landbank stellen eine Warnung auf die Haltung des Landbundes dar. Dessen Organisation, die alle anderen genannten Kreise verdächtigt und ständig das Wort von der Reingehalt des öffentlichen Lebens im Munde führt, wird hier als ein Gebilde entlarvt, in dessen Wirtschaftsverhältnissen die Landbank die am wenigsten soliden der Keppener Keppen ist kein Ausnahmefall. Auch aus anderen Be-

der Fabrikarbeiter Deutschlands, auf. Innerhalb dieses Verbandes bilden dann der jetzige Porzellanarbeiterverband und der Glasarbeiterverband, vereinigt noch mit anderen Gruppen der keramischen Industrien, den „Keramischen Bund“. Die Vorarbeiten sind zu Ende geführt, die in Frage kommenden Verbandszeitungen veröffentlichten zurzeit die Grundlagen und die Sonderbestimmungen des „Keramischen Bundes“ und die weiter nach stattfindenden Konferenzen und Mittelberathungen scheinen nur noch formalitäten zu sein. — Weiter geht in den Lebens- und Genusmittel-Industrien ein bedeutender gewerkschaftlicher Zusammenschluß vor sich. Es kommen hier in Frage der Verband der Fleischer, Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter und der Verband der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter (Donag). Auch die Organe dieser Verbände geben jetzt die von den drei Vorständen vereinbarten Grundzüge bekannt, auf denen der Zusammenschluß erfolgen soll. Der geplante gemeinsame Verband dieser Organisationen wird dann etwa 120 000 bis 130 000 Mitglieder umfassen. In Anbetracht der fortgeschrittenen Kapitalmacht sind diese gewerkschaftlichen Konzentrationen nur zu begrüßen.

Auf die Straße!

In den dem Rhein-Ruhr-Trakt angeschlossenen Unternehmen werden voraussichtlich bis Juli 6000—8000 Arbeiter und 1400 bis 2000 Bürobeamte entlassen werden. Auf dem Hoerder-Berg im Hoerde sollen mehrere hundert Bürobeamte zur Entlassung kommen; die Rindigungen sollen bis zum 15. Juli erfolgen.

Dortmund, 12. April. (Eigener Drahtbericht.) Wegen Absatzschwierigkeiten beabsichtigt das Eisen- und Stahlwerk Hoesch weitere Entlassungen auf Zeche Kattowitz III durchzuführen. Am 15. April sollen 600 Bergarbeiter ihre Rindigung zum 1. Mai erhalten.

Die Zahl der englischen Arbeitslosen ist wieder stark zurückgegangen. Nach dem letzten Wochenanweis des Arbeitsministeriums ist sie um 25 754 auf 1 013 600 gefallen.

ärken liegen Nachrichten vor, die etwas Ähnliches verraten und erkennen lassen.

Das zwingt zur konsequenten Handlung. Jeder Angehörige des Landvolkes, der noch etwas auf sich hält, sollte es unier seiner Würde halten, die Wahrnehmung seiner Interessen einer Organisation anzuvertrauen, die sich Landbund nennt.

Leichte Steigerung der westbercheleischen Steinkohlenförderung im März.

Die westbercheleische Steinkohlenförderung hat sich im März laut Fachblatt „Industrie-Kurier“ von arbeitsmäßig 57 873 Tonnen im Februar auf 58 313 Tonnen bzw. von 1 391 977 Tonnen bei 23 Arbeitstagen auf 1 518 133 Tonnen bei 26 Arbeitstagen erhöht. Abgesetzt wurden insgesamt 1 405 361 Tonnen (1 223 722 Tonnen). Die Kohlenbestände erhöhten sich von 65 138 Tonnen auf 97 418 Tonnen.

Sowjetruhlands Goldwährung gefährdet!

Trotz der scharfen Maßnahmen der Sowjetregierung zur Vermeidung einer Entwertung der Uhermonen ist die Nachfrage nach Goldrubeln, Dollars und englischen Pfund in Rußland so groß, daß dadurch ein harter Druck auf den Uhermonen ausübt wird. Zwar werden Auslandsüberweisungen nach wie vor zu dem offiziellen Kurs von 194 Uhermonen für 1000 Dollars vorgenommen und es ist auch anzunehmen, daß sich der Kurs im Auslandsverkehr halten wird. Unter der Hand werden aber für 10 alte Goldrubel 17 Uhermonenrubel gezahlt und an der schwarzen Börse wird 1 Dollar mit 2,85 Uhermonenrubel für die offiziellen Notierung von 1,94 bewertet. Bezeichnend war, daß Mitte März die Kassen der Staatsbank durch öffentlichen Anschlag bekannt gaben, daß Pfunde und Dollar außer der Reihe eingewechselt werden, inzwischen aber die Abgabe von Dollar und Pfunden im freien Kassewechsel ganz eingestellt wurde. Deutsche Reichsmark ist ohne Schwierigkeit und ohne Aufgeld dagegen zu haben. Die Kontingente für Dollar- und Pfundzuweisungen an die zum Valutenwechsel zugelassenen Banken sind sehr beschränkt worden. Die Kapitalknappheit wirkt sich außerordentlich hemmend auf das gesamte Wirtschaftsleben aus und wird der Durchführung des gesamten Wirtschaftsprogramms ernsthafte Schwierigkeiten bereiten.

Kartell zwischen der deutschen und französischen Kalkindustrie.

Die Verhandlungen zwischen den Delegationen des deutschen Kalkindus und der Societe Commerciale des Mines de Potasse in Luzano haben zu einer Verständigung über die Umwandlung des bisherigen provisorischen Verhältnisses zu einem langjährigen Vertrag geführt. Dem deutschen Kalkindus bleibt Deutschland, der Societe Commerciale des Mines de Potasse Frankreich mit seinen Kolonien und Protektoratsgebieten wie bisher vorbehalten. Die Lieferungen sind zwischen den beiden Gruppen nach Maßgabe des wachsenden Auslandsabzuges geteilt. Anbezug auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika tritt vorläufig keine Änderung ein. Die wissenschaftliche Tätigkeit und die Verkaufsorganisation wird in allen Ländern nach gemeinsamen Gesichtspunkten verstärkt werden.

Soziales.

Die Industriellen im Kampf gegen die Krankenkassen.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat seine schon vor längerer Zeit angekündigte Aktion gegen die deutschen Krankenkassen durch eine vor kurzem veröffentlichte umfangreiche Denkschrift eingeleitet. Der Stolz richtet sich insbesondere gegen die Politik des Hauptverbandes der deutschen Krankenkassen, die Eigenwirtschaftsbetriebe in organischer Aufbau und unter Ausnutzung althergebrachter Erfahrung, insbesondere auf den Gebieten der Krankenversicherung und der Ambulatorienbehandlung, zur ökonomischen Gestaltung der gesamten Krankenkassenwirtschaft zu fördern. Was bei einem Privatbetrieb Tugend ist, wird gegenüber den deutschen Krankenkassen in der Denkschrift des Reichsverbandes als eine Schwächung deutscher Industriezweige, als Entwertung der Technik und — man höre und staune — als eine Gefahr für unsere ganze Sozialversicherung bezeichnet. Die Denkschrift verweist darauf, daß der Verband ein großes Beamtenlohn und eigene Druckereten unterhält, die Kassen mit Schreibmaterial und Papier, mit Gemüsen und Obstkonerven, Berufsberatung für Ärzte, Schwefeln und Krankenspiegelapparaten und mit Krankenkleidung versorgt. Diese Geschäftsführung, die den Kassen zugute kommt und die Krankenkassen vor Senkung und Ueberschuldung der Preise schützt, wird vom Reichsverband der Deutschen Industrie u. a. als „Entwertung zur Sozialversicherung“ bezeichnet.

Man wird die Ausführungen des Reichsverbandes besser verstehen, wenn man weiß, daß seine Darlegungen auf die Tatsache beruhen, daß der Verband zur Abwendung der Interessen der Krankenkassen, des Reichsverbandes der deutschen Krankenkassen, der Vereinigung deutscher Krankenkassenverbände und des Reichsverbandes der deutschen Krankenkassenverbände, in der Denkschrift hohe soll die Denkschrift die Denkschriften und vor allem die Regierung gegen die Krankenkassen und ihre Geschäftsführung mobil machen. Es handelt sich also hier um nichts anderes als um einen Schritt gegenüber der Preispolitik hoher Verbände.

Geht Eure Anzeigen der Volkswacht

nach Breslau, Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17, 1. Etage, Zimmer 7/8, eine

Bezirks-Konferenz

ein. Tagesordnung: 1. Die Sozialdemokratie und ihre Aufgaben in der Gegenwart.

Referent: Reichstags-Präsident Genosse Paul Löbe.

2. a) Der Stand der Partei im Bezirk.

b) Agitation und Organisation.

Referent: Bezirkssekretär Genosse Karl Mache.

3. Der kommunal-politische Zusammenschluß und unsere nächsten Aufgaben.

Referent: Gemeindevorsteher Genosse Paul Köhler-Dittersbach.

Nach § 6 des Organisationsstatuts für unseren Bezirk sind stimmberechtigt auf der Bezirkskonferenz: die Mitglieder des Bezirksvorstandes, die Vorsitzenden der Kreisvorstände und die Parteisekretäre.

Der Bezirksvorstand. J. M.: Karl Mache.

Nationalisten hüben und drüben. Der Beuthener „Katholik“ bringt in seiner Nummer vom 28. März eine Nachricht, nach der das Töchterchen des polnischen Konsuls in Beuthen, das sich mit ihrer Lehrerin polnisch unterhalten hätte, auf der Straße belästigt worden sei, ohne daß ein ummittelbar danebenstehender Schutzpolizistbeamter eingeschritten wäre.

Ostegau. Aus der Haft entlassen wurden die wegen des Verdachts des Meineids beim der Anstiftung dazu festgenommenen Geschäftsleute, Frau Walter und Ingenieur Kaempfert.

Münsterberg. Der Selbstmord eines Mieters im „Denkhaus“ hat erneut die Aufmerksamkeit auf das Gebäude gelenkt, in dem wohl mehr als 20 Menschen ein gewaltsames Ende fanden.

Rudowa. Durch eine Sämmaschine schwer verletzt. Der Bauerngutbesitzer Franz Paulitschek hatte an sein Zubehör eine Sämmaschine angehängt und stand im Begriff, mit ihr vom Felde nach Hause zu fahren.

Reichenbach. Der Tod der Kartenlegerin. Die in weiten Kreisen bekannte Kartenlegerin Anna Frisch wurde von einer Kugel, auf dem Sofa liegend, tot aufgefunden.

Altwasser. Folgen des Alkohols. Ein Maurer aus Altwasser hatte sich in einer hiesigen Schankwirtschaft schwer betrunken. Beim Verlassen des Lokals stürzte er die Haustreppe herab und zog sich so schwere Verletzungen zu, daß er bald darauf verstarb.

Charlottenbrunn. Verunreinigungen eines Gemeindevorstehers. Großes Aufsehen erregt die Aufdeckung von Verunreinigungen des Gemeindevorstehers aus dem benachbarten Sophienau.

Konradsthal. In der letzten Gemeindevorstellung wurde beschlossen, die Eingemeindungsverhandlungen mit der Gemeinde Weißtein unzugänglich aufzunehmen.

Gottesberg. Die Grubenbrüche an der Kohlawer Lehne, von denen wir bereits kürzlich berichteten, sind nun von den Magistratsmitgliedern besichtigt worden.

Kathenbach. 50 Bergarbeiter entlassen. Infolge Betriebsengpässe ist auf der hiesigen Gustavgrube weiterhin 50 Bergarbeitern gekündigt worden.

Hirschberg. Die hiesige Talbahn-Aktiengesellschaft ist infolge des weiteren Verkehrsrückganges veranlaßt, den Verkehr weiter einzuschränken.

Oppeln. Der Etat will nicht balanzieren. Der Etat weist trotz der Ueberprüfung durch die Streichkommission in keiner gegenwärtigen Form immer noch ein Defizit von 250 000 Mk. auf.

Gleiwitz. Grenzlandigung des Reichsbanners. Am 6. Juni wird der ober-schlesische Gauvorstand des Reichsbanners zum ersten Mal eine Reichsbannerversammlung für den gesamten Gau durchführen.

fassungstreuen Parteien und Organisationen Oberschlesiens durchgeführt werden wird. Der 6. Juni soll ein Trennbescheid der gesamten verfassungstreuen Bevölkerung Oberschlesiens zum bestehenden Reichsbanner aus sämtlichen Ortsvereinen für den 6. Juni zu einer gewaltigen Kundgebung in Gleiwitz zusammenziehen.

Hindenburg. Klärung der Rathausaufgabe. Die schon vor vielen Jahren ausgetragene Rathausaufgabe ist als erledigt zu betrachten. Als das eigentlich Stadtwohnungsgebäude ist das bisherige Kreisständehaus auf der Dorotheenstraße auszuweichen.

Katibor. Ein verbrecherischer Anschlag wurde auf die Flachfabrik in Groß-Peterwitz verübt. Unbekannte Täter warfen gegen das Fabrikgebäude aus etwa 50 Meter Entfernung mehrere Handgranaten, von denen glücklicherweise nur eine explodierte.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Der schlechte Zustand der Landstraßen.

Ein trauriges Bild bieten die Landstraßen, welche die Ortschaften Stabelwitz-Neutritz, Stabelwitz-Goldschmieden (Paradies), Goldschmieden-Neutritz und Goldschmieden-Herzmannsdorf verbinden sollen.

Hier gilt es Ordnung zu schaffen und das seit vielen Jahren verfallene durch Notstandsarbeiten wieder gut zu machen.

Carlswitz. Reichsbanner Ortsgruppe Carlswitz-Schottwitz. Am Freitag, den 16. April, abends 8 Uhr, findet in Carlswitz im Gasthaus von Krause die fällige Monatsversammlung statt.

Klein Ithans. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Konsumvereins „Vorwärts“ findet Donnerstag, den 15. April, abends 8 Uhr bei Peter, Groß Ithans, statt.

Kathen. Parteimitgliederversammlung am Donnerstag, den 15. April, abends 8 Uhr bei Petre in Kathen. Da die Tagesordnung sehr wichtig ist, ist es Pflicht, daß jedes Parteimitglied erscheint.

Schmalz. Ein netter Vorfall des Haus- und Grundbesitzer-Vereins. Schon wiederholt ist an dieser

Stelle auf die unhaltbaren Zustände im hiesigen Wohnungswesen hingewiesen worden. Was sich aber in letzter Zeit wieder ereignet hat, steht wohl einzig im Landkreise Breslau da. Man erkennt aber immer und immer wieder, daß sich einzelne Hausbesitzer, hier in diesem Falle handelt es sich um den Vorsitzenden des Haus- und Grundbesitzervereins, als unumschränkte Herrscher aufspielen.

Neumarkt. Der Termin zur Einreichung der Gewerbesteuererklärung ist bis zum 24. April verlängert worden. — Die Grasnutzung im Gehrpenge gelangt am Mittwoch, den 14. April, 11 Uhr, im Rathaus öffentlich meistbietend zur Verpachtung.

Geschäftliches.

Mit dem ersten Schulweg beginnt für unsere Kleinen ein neuer Lebensabschnitt, er beendet die Zeit der ersten sorglosen Kindheit. Doch die fremde Umgebung, der ungewohnte Zwang des Stillsitzens bekommt nicht jedem Kind, nicht jedes Köpfchen leicht den Reizstoff bewältigen, ohne daß der kleine Körper in Mitleidenschaft gezogen wird.

Familien-Anzeigen

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Am 9. April verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Tochter Franz Gsella im Alter von 78 Jahren.

Verband der Gemeinde- u. Stammarbeiter. Am 10. April verstarb unser Kollege Friedrich Reichelt im Alter von 85 Jahren.

RICHARD LOHMANN. HILDE LICHTWARK. Tage einer unvorstelligen Jugend. Ein Roman, wie er spannender, erschütternder nie geschrieben wurde. In Ganzleinen gebunden 2,50 M.

Gebirgs-Wacholdersaft. Blutzinigend, Stoffwechsel und Appetit anregend, zur Blutzreinigung usw. Bei gichtischen und rheumatischen Leiden bewährt.

Proletarier! Besitzt die Hindernisse des Sprachschranken! Lerne die Weltsprache Esperanto, die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verwendet wird.

Arbeitsmarkt

Wäsche? Welche Hausfrau wäscht sauber und schonfertig einzelner Frau? Nähe Wachtplatz. — Offerten unter 1364 an die Volksbuchhdlg., R. Graupenstr. 5.

Westen! Frauen auf Handl. auf. Hause sowie saub. Heimarbeiterinnen gesucht.

Frauen und Mädchen mit landwirtschaftlichen Arbeiten vertraut, werden als Jahresmädchen für bäuerliche Besitzer und als Wanderarbeiterinnen für Dominien gesucht.

Zu der „Vollwacht“ haben Stellen-Angebote infolge ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen besten Erfolg.

Arbeiter-Sportbewegung

Breslau, den 13. April 1926.

Ächtung, Wienfahrer!

Alle schlesischen Arbeiterportler, die am Wiener Turn- und Sportfest, das vom 4. bis 11. Juli 1926 stattfindet, teilnehmen wollen, müssen ihre Teilnahme umgehend ihrem Vereinsvorstand melden, der die Zahl der Meldungen bis zum 15. April an den zuständigen Kreis- oder Gauvorsitzenden weiterleitet. Bis zum 1. Mai muß der Fahrtleiter, Alfred Wagle, Breslau 2, Bohrauer Straße 34, I, im Besitze der Gesamtzahl sein, damit die Verhandlungen über die Stellung eines Sonderzuges (Schlelerzuges) eingeleitet werden können. Also beachtet die angegebenen Termine.

Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege. Sekretariat Schlesien.

Internationale Arbeiteramariterkonferenz in Wien.

Das Wiener Arbeiter-Turn- und Sportfest vom 4. bis 11. Juli wird mit einer internationalen Zusammenkunft der Arbeiteramariter verbunden sein. Bei dieser Gelegenheit sollen die Organisationen der Arbeiteramariter der einzelnen Länder in einer internationalen Spitzenorganisation zusammengefaßt werden. Zugelassen sind alle der Duzerner Sportinternationalen angehörenden Verbände. Zugelassen haben bereits außer Deutschland und Oesterreich die Samariter der Tschechoslowakei, u. am. sowohl die tschechischen wie die deutschen, ferner die der Schweiz und Elsass-Lotharingens. Der Deutsche Arbeiteramariterbund zählt gegenwärtig allein 36 000 Mitglieder, die in 830 Kolonnen über das ganze Reich verbreitet sind.

Eintehr?

Die „Deutsche Turnzeitung“, das Organ der Deutschen Turnerschaft, erregt jetzt selbst das Wort „Gegen die Integrität (Leiberspanntheit) der Leibesübungen.“ Es wird unter anderem Bezug genommen auf Geheimrat Dr. Bier, den Rektor der Deutschen Hochschule für Leibesübungen, der kürzlich in Wien bei einer Medizinischen Woche über die Bedeutung der Leibesübungen für die Volksgesundheit unter anderem ausführte: Leibesübungen aller Art sind es, die den kranken Körper wieder aufzurichten und kräftigen. Nicht heilen sollen sie, sondern Krankheiten verhüten. Darum heißt die Forderung nicht, Sportkolonnen zu gründen, sondern Erfassung der Masse und Einführung von planmäßiger Durchbildung des Körpers. In dieser Weise wird das Volk in der Gesamtheit wieder stark und somit den Anfängen der Krankheit widerstehen können.

Dieser Gedanke der Allgemeinen Körperlichen und sittlichen Kräftigung des Volkes und damit seiner körperlichen und sittlichen Gesundheit, den der berühmte Berliner Mediziner vertritt und der die Grundlage für den Arbeiterport abgibt, werde in der Deutschen Turnerschaft, wie die „Deutsche Turnzeitung“ sagt, viel zu sehr verdrängt von dem maßlosen Ehrgeiz und Streben des Einzelturners, wie ganzer Vereine nach Siegen und immer wieder Siegen, von der Gier nach Bekanntheit, nach Meistertiteln. Es wird als Beispiel unter anderem angeführt, daß in einem Kreis der Deutschen Turnerschaft bei einem Gauportfest Lage und Schreie der Gauemeisterchaften gewonnen werden. Anschließend wird folgende Rechnung aufgestellt: „In 18 Kreisen mit zusammen rund 90 Gauen haben wir in einem Jahre 290 x 50 = 14 500 Meister und in zehn Jahren 145 000 Jungmeister, Meister, Ermeister, Altmeister, Gaumeister.“ Demgegenüber wird im amtlichen Blatt der Deutschen Turnerschaft jetzt die Forderung erhoben, ein Ende damit zu machen, daß unsere Wettkämpfe und Wettkampfkampfsamstag Sonntag für Sonntag von Ort zu Ort sich hegen, im Höchstmaß an Aufsehen, diese oder jene Mannschaft zu schlagen und die Zahl der Siege zu vermehren. Wir müssen die allgemeine läppige Zahl der wie Pilze aus der Erde schießenden Berg-, Wald-, Städte-, die Zahl der Vereins- und Werbestellen sowie der sonstigen zahlreichen Wettkämpfe und Feste irgendwelcher Art ganz erheblich beschränken und, wenn dem nicht Folge gegeben wird, mit aller Schärfe diesem Unfug entgegenzutreten. Und weiter heißt es: „Auch das Verborgen oder wenn man so will, Verheimlichen von Kanonen und ersten Mannschaften zu Werbestellen und Schauturnen muß mit Stumpf und Stiel ausgetrotet werden. Die sogenannte Werbestellenveranstaltung ist häufig nur ein verkleinertes Geschäftsunternehmen, das der Werbung für unsere Sache kaum dienlich, und den zur Mitwirkung herangezogenen auswärtigen Kräften werden, wie die Sparten von den Dutzendern, für ihre Bemühungen außer den persönlichen Auslagen auch nicht nur immer warm empfundene Dankesworte zuteil. Von da aus zum bezahlten Berufsturner und zum respektierten Geschäft ist nur ein kleiner Schritt.“

Es muß im Sportbetrieb der Deutschen Turnerschaft schlichter bestellt sein, wenn in dem amtlichen Organ schon solche Stimmen laut werden.

Königliche Fortbildungslehrgänge in Leibesübungen.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, werden auch in diesem Jahre Fortbildungslehrgänge für Ärzte in Leibesübungen abgehalten, und zwar ein erster in der Zeit vom 9. bis 21. August an der Deutschen Hochschule für Leibesübungen in Berlin-Charlottenburg 9, Deutsches Stadion, und ein zweiter vom 23. bis 25. September an der Preussischen Hochschule für Leibesübungen in Spandau, Adelandstraße 59.

Die Lehrgänge sind für beamtete Ärzte, für Schulärzte, sowie für solche praktischen Ärzte bestimmt, die im Turn-, Spiel-, Sport- und Wandernwesen sich bereits bewährt haben. Auch solche Polizeiarzte können daran teilnehmen. Der Minister für Volkswohlfahrt hat sich bereit erklärt, etwa 50 auswärtigen preussischen Leibesübungsbeamten zu diesem Zweck zu gewähren.

Für Arztinnen wird in diesem Jahre ein besonderer Lehrgang zusammen mit einem Turn- und Gymnastiklehrer für Volkshilfsleiterinnen an der Preussischen Hochschule für Leibesübungen in Spandau abgehalten. Der endgültige Termin wird noch bekanntgegeben werden. Bewerbungen sind an den Bund Deutscher Arztinnen in Berlin W. 50, Kanthofstraße, zu richten. Für 20 Teilnehmerinnen ist eine Beihilfe seitens des Ministers für Volkswohlfahrt bereitgestellt.

Neue Schwimmabder in Schlesien.

Viele schlesische Provinzialstädte haben, den Forderungen der Arbeiterportler Rechnung tragend, neue, zum Teil vorbildliche Schwimmabder geschaffen. Die Stadt Waldenburg hat ein betoniertes Sommerbad errichtet und den Bau eines neuen Hallen-Schwimmabdes in Angriff genommen. Liegnitz hat in seinem Beverwiesenbad ein herrlich gelegenes Betonbad geschaffen. Bunzlau wird in den nächsten Wochen ein 100x70 Meter großes Schwimmabde, das zur Hälfte für Nichtschwimmer bestimmt ist, einweihen. In Oppeln hat der Arbeiterportverein ein großartiges Schwimmabde an der Obersee geschaffen, das in diesem Sommer seiner Bestimmung übergeben wird. Kattowitz wird den unterbrochenen Bau seines Hallen-Schwimmabdes zu Ende führen. Auch in Grünberg wird ein Hallen-Schwimmabde gebaut. Wo bleibt die Provinzialhauptstadt Breslau?

Sport des Auslandes.

Französisch-deutsches Fußballtreffen in Paris.

Paris (Paris) — F. A. Neunkirchen (Saar) 2 : 4 (2 : 1). Die beiden Mannschaften trafen sich am Donnerstag im Stadion de la Seine in Paris, herabgesetzt begrüßt von den französischen Sportgenossen. Pantin hat Anspiel, Neunkirchen nimmt den Ball weg und kann schon nach Ablauf von 2 Minuten einleiten. Pantin kann kurz vor Halbzeit ausgleichen und noch ein weiteres Tor erzielen. Nach Wiederanspiel erzielt Neunkirchen drei weitere Tore und Pantin muß sich mit 4 : 2 geschlagen geben. Von der deutschen Mannschaft wird besonders der Mittelfürmer, Untersaunders und die Verteidigung hervorgehoben.

Pantin 1 gegen Sp.-Al. Köln 1 : 3 (0 : 2). Pantin spielt an, aber die Kölner wehren gut ab. Zwei Ecken für Pantin verlaufen ergebnislos, abwechselnd liegen Pantin und Köln in Führung, doch müssen sich die französischen Sportgenossen zwei Tore in der ersten Halbzeit gefallen lassen. In der zweiten Halbzeit zeigt sich eine leichte Ueberlegenheit Pantins, die Torhülle sind aber unklar. Sie können das Ehrentor erzielen, aber auch Köln leidet noch einmal ein. In der deutschen Mannschaft wird besonders die vorzügliche Geschlossenheit und Einheitslichkeit erwähnt. — Eine Pariser bürgerliche Sportzeitung bemerkt zu den beiden Spielen: „Die Deutschen führten einen klassischen Fußball vor, der dem der Pariser überlegen war. Besonders das Zusammenspiel in der deutschen Mannschaft ist hervorzuheben. Die Pantiner Mannschaft legte sich auf ins Zeug, es mangelte ihr aber an der nötigen Kombination. Der ausgeglichene Kampf war wohl die Begegnung der Kölner und der Pantin-Mannschaft. Hier beherrschte in der zweiten Hälfte Pantin das Feld, ihre Stürmerreihe ließ leider einige Chancen aus.“

Belgisch-französisches Sporttreffen in Lüttich.

An den Osterfeiertagen wurde in dem Lütticher Vorort Cugre ein belgisch-französisches Sporttreffen ausgetragen, das in Leichtathletik, Geländelauf, Freilübungen, Radfahren und Fußball bestand. Die französischen Gäste wurden vom sozialistischen Bürgermeister der Gemeinde und vom Genossen Dewilger, dem internationalen Sekretär, herzlich begrüßt. Im Bois d'Aray begannen am Donnerstag nachmittags die leichtathletischen Kämpfe, zumeist Staffelläufe. Den Geländelauf über 12 Kilometer gewann der französische Bundesmeister Kriekelberg. Beim Straßenfahren, an dem sich 30 Fahrer beteiligten, wurde Verwulven (Belgien) Sieger. Lebhaftes Interesse fanden die Freilübungen einer Lütticher Turnergruppe. Das Hauptinteresse der rund 3000 Zuschauer galt dann dem 7. belgisch-französischen Fußballkampf, den die Belgier mit 6 : 0 gewannen. Im Vorjahre siegten sie mit 6 : 3 und auch in den vorhergehenden Jahren waren sie stets der Sieger.

Internationaler Fußball zu Ostern. Spener (Wala) gegen Grashoppers Basel 4 : 3; Hahlo (Wala) gegen Basel 0 : 3; Kaiserlautern (Wala) gegen Basel 3 : 1. — Burgfelden (Elsass) gegen A.-Sp.-Al. Basel 4 : 3; Burgfelden gegen A.-Sp.-Al. Sturm, Zürich 3 : 3; Lüttich gegen Paris 1 : 1.

Eine Schweizer Handballmannschaft

weilte über die Feiertage in Mitteldeutschland, um sich in Leipzig, Magdeburg und Halle mit deutschen Arbeitersportlern zu messen. Am Karfreitag fand das erste internationale Treffen in Leipzig statt. Die Mannschaft war durchweg gut besetzt, die Technik und Taktik vollkommen. Die Schweizer fanden sich in den ersten Minuten nicht recht zusammen, vor allen Dingen fehlte es ihnen viel Mühe, dem Spieltempo der Deutschen standhalten. Bis zur Halbzeit entwickelten die Schweizer denselben Spielführer wie die Deutschen, doch mußten sie sich dabei bereits fünf Tore überlassen. In der zweiten Spielhälfte kamen die Eidgenossen immer mehr auf; durch ungestümes Drängen erzielten sie den ersten Treffer. Dank eines guten Stürmerpiels brachten es die Deutschen jedoch noch zu drei weiteren Toren, so daß das Spiel mit 8 : 1 für die Deutschen endete. 8-10 000 Zuschauer wohnten diesem internationalen Sportereignis bei.

Am Donnerstag waren die Schweizer Sportgenossen in Magdeburg zu Gast, wo sie vom Oberbürgermeister Beims begrüßt wurden. Das Spiel selbst fand in Gegenwart einer großen Zuschauermenge statt. Bis zur Halbzeit erzielten die Magdeburger in schönem, wenn auch scharfem Spiel, zwei Tore. In der zweiten Spielhälfte gelang es den Schweizern bald, einen Treffer anzubringen. Bis kurz vor Schluß stand das Spiel 4 : 1 für Magdeburg, in den letzten zehn Minuten stellten die Schweizer das Ergebnis auf 4 : 2.

Vor dem Internationalen Spiel fanden sich Magdeburger und Hallenser Handballspielerinnen in einem mit 0 : 0 unentschiedenen Spiele gegenüber. Den Abschluß der Magdeburger Veranstaltung bildete ein Werbeispiel zwischen einer Berliner und

einer Leipziger Hohen-Mannschaft, die zum erstenmal im Rahmen des Arbeiterports dieses Spiel in Magdeburg vorführten.

Deutsch-schweizerischer Osterport in Halle (Saale). Vor 3500 Zuschauern trafen sich am Ostern im Stadion der Stadt Halle eine Schweizer Handballmannschaft mit der Bezirksmannschaft des 6. Bezirks im 2. Kreis. Das Spiel ging auf und ab, Halle hatte etwas mehr davon und konnte bis Halbzeit zweimal einleiten, während den Schweizer Gästen ein Erfolg verjagt blieb. Nach Seitenwechsel entwickelte sich die Schweiz etwas besser, vermochte aber trotzdem das Ehrentor nicht zu retten, so daß der Schlusspfiff, einen 3 : 0-Sieg für Halle ergab.

Am ersten Oftertag fand im Ballhallentheater in Halle ein internationaler Ringkampf zwischen dem besten hallischen Schwereathletenverein „Germania-Vereinst“ und einer Schweizer Ringermannschaft statt, dem über 1000 Zuschauer beizuhören. Die Kampfen, in guter Form durchgeführte Kämpfe, ergaben einen 18 : 10-Sieg der hallischen Mannschaft.

Internationale Kaffballspiele in Sachsen. Dresden gegen Wien 9 : 4. Die Wiener konnten dem glänzenden Zusammenpiel der Dresdener Städtegehn nicht standhalten. Der Wiener Angriff kam durch Ueberkombination und zu enges Stellen nie zur richtigen Entfaltung und erzielte nur 4 Tore.

Laucha gegen Bialitz (Tschchoslowakei) 4 : 2. Der Torhüter der Tschechen verhielt eine größere Niederlage. Die gute Technik der Lauchaer drückte sich im Ergebnis aus, aber auch die tschechischen Spieler zeigten sich als ebenbürtige Gegner.

Internationale Spiele im Westen.

B. B. Wald (Stadtmannschaft) gegen Lüttich (Belgien) 4 : 1 (0 : 1). Remscheid (Stadt) gegen Lüttich 2 : 1 (2 : 1). Den belgischen Gästen wurde in beiden Orten ein vorzüglicher Empfang bereitet. Die Spiele selbst hinterließen einen vorzüglichen Eindruck. Hervorzuheben ist die ruhige und vornehme Spielweise der belgischen Gäste. Ihr Kopfballspiel war vollendet. Daß sie in beiden Spielen eine Niederlage (zahlenmäßig) einleiten mußten, dankten sie ihrer allzu weichen Spielweise, der gegenüber sie die allgemein etwas härtere bergische Art erfolgreicher durchzuführen wußte. In beiden Spielen hätte ein Unentschieden den tschechischen Spielverkauf gerechter zum Ausdruck gebracht. Gegen 3000 Personen wohnten den beiden Spielen jeweils bei.

Elsässische Fußballmannschaften im Saargebiet. St. Arnaud (Saarbrücken) gegen Strassburg-Neudorf 1 : 4 (0 : 1). Der elsässische Bundesmeister hielt sich gut und konnte bereits in der 8. Minute das erste Tor erzielen. In der zweiten Hälfte fügte er noch drei weitere Tore an, denen die Einheimischen nur das Ehrentor entgegenzusetzen konnten.

Olympia-Wölllingen gegen Strassburg-Neudorf 1 : 1 (0 : 1). Lebhaftes Spiel, bei dem Strassburg in der 25. Minute den ersten Treffer erzielte. In der zweiten Hälfte konnte Wölllingen ausgleichen, sonst aber blieb es beim Stande 1 : 1. — Der Empfang der Strassburger Mannschaft war an beiden Orten ein überaus herzlicher.

Belgische Arbeiter-Fußballer in Sachsen. F. A. Freital-Deuben (bei Dresden) gegen F. C. Bialitz (Belgien) 1 : 2. Die Belgier entpuppten sich als glänzende Kopfballschützer und ließen dadurch das Spiel immer offen. Ihr Sieg war verdient.

F. A. Heidenau gegen Bialitz 3 : 1. Es scheint, daß diesem Spiel sich bei den Belgiern die Auswirkung der Kette in besonderem Maße fühlbar machten. Sie mußten sich eine Niederlage gefallen lassen.

Freital-Wurzen — Bialitz 2 : 1. Hier stand den Belgiern der schwerste Gegner im Felde. Die Wurzen waren nicht auf der gewohnten Höhe, wodurch die Belgier bald nach Beginn durch Kopfball in Führung gehen konnten. Bald gleich aber Wurzen aus und schon noch vor Halbzeit das Siegestor. Die Belgier hätten ein Unentschieden verdient. 4000 Zuschauer.

Schweizer Arbeiter-Fußballer in Frankreich. Amiens — Genf 1 : 2. In Amiens spielte eine Mannschaft des Genfer Arbeiter-Sportklubs gegen eine Auswahlmannschaft des Sommerheitz. Das ziemlich ausgeglichene Spiel endete mit einem Siege der Schweizer Gäste. — St. Quentin — Genf 1 : 1. Das Spiel fand im Rahmen einer allgemeinen sportlichen Veranstaltung des Arbeiter-Sportklubs in St. Quentin statt. Es war ein voller sportlicher Erfolg.

S. A. Köln — Neunkirchen in Pantin-Paris 6 : 1. Diesem interessanten Spiel wohnten gegen 2000 Zuschauer bei, denen ein erstklassiger Fußball vorgeführt wurde. — Das sind Fußballer, die ein bewundernswertes und abwechslungsreiches Spiel vorführen“, schreibt „Le Peuple“. — Am Abend verzeigte ein Bankett die deutschen und französischen Sportgenossen in Pantin, bei dem Genosse Demise, der Vorsitzende des Pantiner Klubs, die deutschen Gäste begrüßte. Von deutscher Seite erwiderten Kennengießer, Mader und Piter. Auch bei der Dreizeh-vom Ostbahnhof hatten sich eine große Zahl französischer Sportgenossen eingefunden.

12. Kreistag des 14. Kreises im Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Während der Osterfeiertage tagte im Liegnitzer Volkshaus das Parlament des 14. Kreises im Arbeiter-Turn- und Sportbund. Es waren 108 Vertreter anwesend, die sich auf die einzelnen Sportarten wie folgt verteilten: 81 Turner, 17 Fußballspieler, 9 Schwimmer und 1 Ruderer. Einige Vereine fehlten schriftlich entschuldigend, während ein weiterer Teil der Vereine infolge der schweren wirtschaftlichen Verhältnisse der Tagung fernbleiben mußte. Am 1. Ofterfeiertag, nämlich 9 Uhr, wurde der Kreistag vom Kreisvertreter, Sportgenossen Döblich, eröffnet, nachdem die Liegnitzer Arbeiterlänger einige Chöre wirkungsvoll zu Gehör gebracht hatten. Es folgte hierauf die Begrüßung des Kreistages durch die eingeladenen Gäste, von denen Sportgenosse Kretsch für das Sportartell Liegnitz, Sportgenosse Koppitz für den Bundesvorstand, Sportgenosse Wabke für die Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege, Sekretariat Schlesien, sowie ein Vertreter des ADGB, Ortsausgub Liegnitz, das Wort nahmen. Dierauf gedankt Sportgenosse Döblich in tiefempfindlichen Worten der Laten in den letzten zwei Jahren. Die gedruckt vorliegenden Berichte der Kreisverwaltung werden durch die einzelnen Obleute ergänzt. Denselben ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl infolge der katastrophalen Wirtschaftskrise im allgemeinen etwas zurückgegangen ist. Trotzdem herrscht innerhalb der einzelnen Bezirke und Vereine ein rege pulsierendes Leben, das auf der Hoffnung Anlaß gibt, daß bei Gesundung des Wirtschaftslebens ein Wiederanflug der Organisation erfolgen muß. Die Kassenverhältnisse sind als gute zu bezeichnen. In positiver Beziehung konnte festgestellt werden, daß sich ein gutes Zusammenarbeiten der einzelnen Sparten Turner, Fußball, Schwimmer, Ruderer und Kanufahrer entwickelt. Es herrschte bei allen Sparten ein äußerst reges Leben. Die Ausgabenergab das Einverständnis mit den vorliegenden Berichten. Sportgenosse Kretsch-Breslau beantragte im Auftrag der Freien Turnerschaft Breslau die Entlassung des Kassierers, die einstimmig erfolgte. Zum Punkt „Bundesrat“ nahm Sportgenosse Koppitz vom Bundesvorstand das Wort. Der Bundesrat findet Ende Juli dieses Jahres in Hamburg statt. Zu demselben hat der 14. Kreis (Schlesien) 7 Delegierte zu entsenden. Der Bund zählt ohne Kinder und Jugendliche 640 000 Mitglieder. Es kamen im Jahre 1924 auf 200 Mitglieder ein Unfall, im Jahre 1925 auf 110 Mitglieder ein Unfall. In beiden Jahren waren 20 Todesfälle zu verzeichnen. Sportgenosse Koppitz ging weiter auf die Spartenfrage ein. Er konnte feststellen, daß in arden und gegen ein gutes Zusammenarbeiten der einzelnen Sparten zu verzeichnen ist. Seine Ausführungen in dieser Angelegenheit wirkten in der Befriedigung, daß im Arbeiter-Turn- und Sportbund für alle Sparten ein und dasselbe Ziel, die Förderung der Arbeiterportbewegung, aber auch die Erkenntnis der einzelnen Sparten, daß jede Sparte im

Interesse der Allgemeinheit zu arbeiten hat, notwendig ist. Zu den Ruhestunden bemerkte Sportgenosse Koppitz, daß der Bundesvorstand wünscht, daß solche Spiele ausgetragen werden. Nur müssen sie ordnungsmäßig abgehalten werden, so wie es mit dem Vertreter des Rates für physische Kultur auf der Pariser Konferenz vereinbart worden ist. So lange diese Vereinbarung aber umgangen wird, kann der Bundesvorstand seine Einwilligung nicht geben. Bei der Mitteilung, daß sich im Reichstage ein interaktioneller Ausschuss für Leibesübungen gebildet hat, führt Sportgenosse Koppitz aus, daß es die Bürgerlichen in Verbindung mit den bürgerlichen Reichstagsabgeordneten sehr gut verstanden haben, für ihr Sportforum, zu dem noch kein Spatenstich getan worden ist, 1 Million Mark herauszubolen, während ein Antrag des Arbeiter-Turn- und Sportbundes auf Gewährung eines Zuschusses zur fast fertiggestellten Bundeslegale glatt abgelehnt wurde. Hier mußten alle Abgeordneten der Arbeiterport im Reich, sowie in den Gemeinden viel mehr auf dem Boden sein und sich viel mehr um die Gekundhaltung des Volkes kümmern.

Ueber die Stellung der Arbeiter-Turn- und Sportvereine zu den politischen Arbeiterpartei bemerkte Sportgenosse Koppitz, daß der Arbeiter-Turn- und Sportbund in dieser Frage vollständig neutral sei und in seinen Reihen nur Arbeiterportler, wirkliche Sozialisten, kennt. Mit dem Bundesvorstand des Reichsbanners ist der Vorstand an der Vereinarbeit gelang, daß das Reichsbanner keine eigenen Sportabteilungen haben darf. Dasselbe gilt für den Reichs-Turn- und Sportbund.

In der Diskussion begründete ein Vertreter der Freien Turn- und Sportvereinigungen Salzbrunn folgenden Antrag:

1. Der Kreistag des 14. Kreises stellt den Antrag zum Bundesrat, die Wiedereinführung der Diplome zu beschließen.
2. Der Bundesrat möge ein Sportabzeichen schaffen (ähnlich dem Sportabzeichen des R. A. F. V.).

Der Antrag wird in beiden Teilen nach kurzer Debatte in der zum Ausdruck gebracht wird, daß durch Diplome und Abzeichen nur Gleichheit, Harmonie gefördert, aber kein Gleichheitsmittel für die sozialistische Weltanschauung geschaffen wird, gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt.

Sportgenosse Döblich-Breslau begründete einen Antrag Breslau zum Bundesrat, der eine Herabsetzung der Diäten für alle Delegierten, Bundesverwaltungs-Mitglieder, Kreisvertreter, ab vom 15. Mark auf 8 Mark fordert. Dieser Antrag findet einstimmige Zustimmung. Nach einem kurzen Schlußwort Koppitz wird in die Mittagspause eingetreten, um die Verhandlungen der einzelnen Sparten getrennt.

Am zweiten Tage wurden um 8 1/2 Uhr nach Beendigung des Sommerbades und des Sportfestes der freien Turnerschaft...

Über unsere Jugendbewegung referierte Sportgenosse Seewald-Breslau eingehend. Der Jugendzweig muß innerhalb der Vereine ein sehr großes Interesse entgegengebracht werden...

- 1. Der Vorstand wolle eine Herabsetzung der Kreisbeiträge beschließen.
2. Der Vorstand wolle eine Neueinteilung des Kreises in der Weise vornehmen, daß aus den bisher bestehenden Bezirken nur 4, höchstens 5 Bezirke gebildet werden.

Sportgenosse Wittur-Görlitz bearbeitet die Anträge und zieht den ersten Antrag zurück, nachdem er sich durch den Vorschlag der Kreisverwaltung überzeugt hat...

Die Tabellen zur Kreisverwaltung hatten folgendes Ergebnis: Kreisvertreter: Döblitz, Kofferer, Heinselmann, Schriftführer: Lindner, Obmann des technischen Ausschusses: Seewald...

Darauf wird als nächster Ort des Kreistages Girschberg gewählt. Eine Sammlung unter den Delegierten für die Ausrüstung der Bundeschule erbrachte den Betrag von 53 Mark.

Am 1. Feiertag veranstalteten die Arbeiter-Schwimmer von Giesnitz die freie Turnerschaft Giesnitz und der Sportverein 'Mits' in Verbindung mit der Kreischule Breslau einen Werbeabend im Giesnitzer Hofshaus...

Der Kreistag der Arbeiterportier des 7. Kreises (Kord-Borsen) fand am Ostermontag und -dienstag in Hof statt. Der Sonntag war den Kreis-Spartentagungen der Turner, Schwimmer und Fußballer gewidmet.

Der 13. achtente Kreistag des 10. Kreises (Gaden-Wald an der Spree) fand in den Osterferien in Gaden-Wald statt. Am Sonntag waren 117 Teilnehmer.

Der Arbeiter-Schachkongress in Jena. Als vor 2 Jahren an die Arbeiterschachspieler der Ruf erging, die Vorarbeiten für ein solches Bundestreffen in Jena zu leisten...

Am Freitag, den 2. April, nachmittags 8 Uhr, begannen im festlich geschmückten Saal des Jenaer Gewerkschaftshauses die Eröffnungsfestlichkeiten. Nach einer Begrüßungsansprache des Bundesvorsitzenden U. Gläser kamen auch die erschienenen Vertreter der Stadt Jena...

Freie Turnerschaft Breslau / 2. Männ.-Abt. 2. Mai 1926 im Gewerkschaftshaus, nachmittags 5 Uhr: Städte-Wettkampf im Kunstturnen Forst (Laus.) - Breslau

Als öffentliche Kundgebung war der Demonstrationssus der Arbeiter-Schachspieler am 1. Osterfeiertag zu bezeichnen. Die anlässlich des 4. Bundestages verbundenen Wettkämpfe...

Von der Zentralkommission für Arbeiterport und Körperpflege wird uns aus dem Jenaer Bundestag des Arbeiter-Schachbundes geschrieben: Der Bundestag der Arbeiterschachspieler in Jena ist leider ein Opfer kommunistischer Demagogie geworden.

Bezirksrat der Arbeiterturner vom Gau 3, Bezirk 1. Am 2. April fand der diesjährige Bezirksrat in Oberzorn statt. Anwesend waren 38 Delegierte aus 30 Ortsgruppen...

folgenden Veranlassungen bekannt: Am 8. Mai Bezirksleiter nach Trebnitz, am 13. Mai Bezirksleiter nach Gaden-Wald, am 18. Juli Ausschussarbeiten im Saalport in Gaden-Wald...

An die Vorstände der Arbeiterportvereine im Trebnitzer Landkreise. Werte Sportgenossen!

Die räumliche Ausdehnung des Trebnitzer Landkreises gibt uns Veranlassung die bestehenden Arbeiterportvereine besser zu erfassen. Zu diesem Zwecke findet am Sonntag, den 26. April...

Die Lage der Arbeiterportvereine im Trebnitzer Landkreise. Die Bildung eines Bezirksportrats Trebnitz und Umgebung. Wahl der Geschäftsleitungen. Wie kommen wir zu Belieben. Arbeiterpresse und Arbeiterport. Verschiedenes.

Sämtliche Arbeiterportvereine der Kreise Trebnitz, Müllitz, Braunsberg, Obernigk, Trachenberg und Luras müssen teilnehmen. Schriftliche Einladung geht jedem Verein zu, Einladung durch die Arbeiterpresse ist erfolgt.

Zentral-Kommission für Sport- und Körperpflege Sekretariat Schleien. Alfred Mahle

Jugendtreffen des 1. Bezirkes.

Am 1. und 2. Pfingstfeiertag gibt sich die gesamte Turner- und Sportjugend des 1. Bezirkes ihr 8. Bezirksjugendtreffen in Pölkwitz bei Orlau. Schon heute beschäftigen sich die Teilnehmer mit der Aufnahme der Jugend und sie legen allerwärts die Tage bei jedem Bundesgenossen in guter Erinnerung zu halten.

Fußballsparte, 1. Bezirk. Hiermit herauf ist für Sonnabend, den 17. April, abends 7.30 Uhr, bei Springer, Bromnitzstraße, Ecke Frankfurter Straße, eine außerordentliche Vereinsjugendleiter-Sitzung einberufen.

Handball-Werbepiel Berlin-Bunzlau.

Vom Karfreitag bis Osterdienstag war die erste Mannschaft der Abteilung in Berlin am Abend mit dem Mannschaften Fichte-Süd und Fichte-Nord Freundschaftsspiele im Handball ausgetragen. Bei schönem Wetter fanden sich am Karfreitag...

Schwimmunterricht kostenlos.

erteilt ab 15. Mai der Schwimmverein Poseidon auf seiner Schwimmhalle im Kluffanal bei Wilhelmstorf. Das Monatsabonnement für die Benutzung des Bades ist auf 3 Mark für Erwachsene und 1.70 Mark für Kinder festgesetzt.

Freie Turnerschaft Breslau. Mittwoch, den 14. April, abends 8 Uhr, bei Hanke, Reuthenstr. 34, Spiel- und Sportleiter-Sitzung.

Arbeiter-Kasino-Bereich. E. B. Breslau, Dienstag, den 12. April, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus-Restaurant Ausgabe der Kasinofarben. Alle Kasinogäste müssen ihre Mitgliedsnummer und den Vor- und Nachnamen auf einem Blatt Papier angeben.

Breslauer Hallenschwimmbad. Schwimmhallen für Männer und Frauen. Schwimmunterricht, Massage, Wannen-, Dampf- und Elektr. Bäder, Inhalation. Außer Sonntags täglich geöffnet von 8 bis 8 Uhr.